



VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 2018

Anke Tresch, Laurent Bernhard, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta
unter Mitarbeit von Thomas Milic und Georg Lutz

Lausanne, Aarau, Luzern; November 2018

FORS 
explore.understand.share.

zde |
Zentrum für
Demokratie
Aarau

LINK
INSTITUT

Die VOTO-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen. VOTO wird von der Schweizerischen Bundeskanzlei finanziert. Die Erhebung und Analysen sind ein Gemeinschaftsprojekt des Forschungszentrums FORS in Lausanne, des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und des LINK Instituts in Luzern. Zentral für eine wissenschaftliche Befragung ist die vollständige Transparenz. Deshalb sind die Berichte auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf der VOTO-Webseite verfügbar: www.voto.swiss. Die Fragebogen und Rohdaten sind für wissenschaftliche Zwecke frei zugänglich durch das FORS Datenarchiv forsbase.unil.ch.

VOTO Projektverantwortung

Prof. Dr. Georg Lutz, Direktor FORS (georg.lutz@fors.unil.ch)

Prof. Dr. Daniel Kübler, Direktionsmitglied ZDA (daniel.kuebler@zda.uzh.ch)

Prof. Dr. Anke Tresch, FORS (ankedaniela.tresch@fors.unil.ch)

Dr. Thomas Milic, ZDA (thomas.milic@zda.uzh.ch)

PD Dr. Oliver Lipps, FORS (oliver.lipps@fors.unil.ch)

Laura Scaperrotta, FORS (laura.scaperrotta@fors.unil.ch)

Lukas Lauener, FORS (lukas.lauener@fors.unil.ch)

Urs Aellig, LINK (urs.aellig@link.ch)

Matthias Winzer, LINK (matthias.winzer@link.ch)

Mirjam Hausherr, LINK (mirjam.hausherr@link.ch)

Autoren dieser Studie

Anke Tresch, Laurent Bernhard, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta, FORS
unter Mitarbeit von Thomas Milic, ZDA und Georg Lutz, FORS

Kontakt

VOTO, c/o FORS, Géopolis, 1015 Lausanne

Tel. 021 692 37 30

www.voto.swiss

info@voto.swiss

Übersetzung

Clarisse Baudraz (F), Francesco Papini (I)

Zitierweise dieses Berichtes

Anke Tresch, Laurent Bernhard, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta (2018). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 2018*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern.

Inhaltsverzeichnis

1. Die wichtigsten Ergebnisse	4
2. Die Beteiligung	7
3. Die Meinungsbildung.....	11
<i>Die Bedeutung der Vorlagen</i>	<i>11</i>
<i>Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidzeitpunkt.....</i>	<i>12</i>
<i>Die Informiertheit.....</i>	<i>13</i>
<i>Die Informationsgewinnung.....</i>	<i>14</i>
4. Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur «Velo-Initiative»)	15
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>15</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>15</i>
<i>Die Motive.....</i>	<i>18</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>21</i>
5. Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»	23
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>23</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>23</i>
<i>Die Motive.....</i>	<i>26</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>29</i>
6. Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»	32
<i>Die Ausgangslage.....</i>	<i>32</i>
<i>Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen</i>	<i>32</i>
<i>Die Motive.....</i>	<i>35</i>
<i>Die Resonanz der Abstimmungsargumente</i>	<i>38</i>
Anhang.....	41
<i>Die Datenerhebung</i>	<i>41</i>
<i>Zur Struktur der Stichprobe.....</i>	<i>42</i>
<i>Zur Gewichtung.....</i>	<i>42</i>
<i>Zur Inferenz</i>	<i>42</i>
<i>Tabellen.....</i>	<i>43</i>

1. Die wichtigsten Ergebnisse

Angst vor steigenden Preisen bringt Fair-Food-Initiative zu Fall

Die Fair-Food-Initiative wurde abgelehnt, obwohl eine deutliche Mehrheit der Stimmenden die Kernanliegen der Vorlage unterstützte. Zu Fall brachten die Initiative die Sorge vor steigenden Lebensmittelpreisen und Zweifel an ihrer Praktikabilität. Die Volksinitiative für Ernährungssouveränität stand im Schatten der Fair-Food-Initiative und wurde durchschnittlich als weniger wichtig empfunden. So orientierten sich viele Stimmende bei ihrer Entscheidung an der Fair-Food-Initiative. Derweil war das Ja zum Velobeschluss ein klares Bekenntnis zur Veloförderung. Dies zeigt die Analyse der Befragung von 1'502 Stimmberechtigten im Rahmen der VOTO-Studie zur eidgenössischen Abstimmung vom 23. September 2018. Die Studie wurde von FORS, dem ZDA und dem Befragungsinstitut LINK durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Deutliche Mehrheit für Kernanliegen der Fair-Food-Initiative

Obwohl die Fair-Food-Initiative deutlich scheiterte, stiessen die Kernanliegen der Vorlage bei den Stimmenden auf überaus grossen Zuspruch. Insgesamt unterstützten mehr als drei Viertel aller Befragten die Forderungen, dass das Angebot an regional produzierten Lebensmitteln vergrössert werden soll und dass für landwirtschaftliche Importprodukte die gleichen sozialen und ökologischen Anforderungen gelten müssen wie für Lebensmittel aus Schweizer Produktion. 71 Prozent sprachen sich zudem für ein Verbot von Fleisch und Eiern aus Massentierhaltung aus. Diese Anliegen fanden nicht nur insgesamt eine Mehrheit, sondern sogar unter denjenigen, die am 23. September 2018 ein Nein zur Fair-Food-Initiative einlegten. Die Volksinitiative scheiterte jedoch deshalb, weil bei den Stimmenden die Sorge vor steigenden Lebensmittelpreisen und Zweifel an ihrer Praktikabilität überwogen. Die Angst vor steigenden Preisen war unter den Nein-Stimmenden der meistgenannte Ablehnungsgrund.

Unter den Befürwortenden der Fair-Food-Initiative wurden am häufigsten umweltpolitische Motive als Begründung der Annahme genannt. Dabei wurde vor allem der Wunsch nach mehr umweltfreundlich produzierten Lebensmitteln geäussert. Grossmehrheitlich angenommen wurde die Fair-Food-Initiative von Sympathisierenden der Grünen (83%) und der SP (65%). Die Anhängerschaften der CVP, SVP und FDP lehnten sie dagegen mit Nein-Stimmenanteilen zwischen 78 und 87 Prozent wuchtig ab. Gespalten waren ihrerseits die Anhängerinnen und Anhänger der Grünliberalen, die das Volksbegehren immerhin zu 42 Prozent unterstützten.

Volksinitiative für Ernährungssouveränität im Schatten von Fair-Food

Die Initiative für Ernährungssouveränität stand im Schatten der Fair-Food-Initiative. Die Stimmenden massen ihr nicht nur eine geringere Bedeutung bei, sondern waren auch schlechter darüber informiert. Beinahe neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern stimmten identisch wie bei der Fair-Food-Initiative (89%). Dass die Stimmbürgerschaft bei diesen Vorlagen wenig differenzierte, zeigte sich auch bei den Entscheidungsgründen. Obwohl die beiden Volksinitiativen nicht deckungsgleich waren, äusserte ein Viertel derjenigen Personen, die gleich abstimmten, denselben Hauptgrund zur Annahme bzw. Ablehnung. Eine(r) von fünf Stimmenden vermochte den Stimmentscheid zur Ernährungsinitiative nicht zu begründen. Dies war weit mehr als bei den anderen beiden Vorlagen.

Wie bei der Fair-Food-Initiative trat auch bei der Ernährungssouveränität ein tiefer sprachregionaler Graben zutage. Die höhere Zustimmung in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz lässt sich mit entgegengesetzten Vorstellungen zur Rolle des Staates in der Landwirtschaftspolitik erklären. In der Romandie und in der italienischsprachigen Schweiz sprachen sich 79 Prozent der Befragten für das Argument aus, wonach der Bund der Landwirtschaft stärker unter die Arme greifen müsse. In der Deutschschweiz erklärten sich hingegen weniger als halb so viele damit einverstanden.

Deutlich war die Ablehnung der Ernährungssouveränität im bürgerlichen Lager: Mit 92 Prozent verwarfen die FDP-Sympathisierenden das Anliegen am wuchtigsten. Die Anhängerschaft der SP war hingegen gespalten: Trotz Ja-Parole der Partei stimmten nur 55 Prozent der Initiative für Ernährungssouveränität zu. Eine klare Mehrheit erreichte das Volksbegehren einzig bei den Grünen mit 71 Prozent.

Beim Velobeschluss spielten Eigeninteressen mit

Der Velobeschluss erzielte in allen Bevölkerungsschichten eine komfortable Mehrheit. Nur die Anhängerschaft der SVP war gespalten. Für die Befürwortenden war die Veloförderung das wichtigste Motiv. Auch Eigeninteressen spielten eine Rolle. Die Häufigkeit der Velonutzung wirkte sich positiv auf die Zustimmungswahrscheinlichkeit aus. Personen, die täglich mit dem Velo unterwegs sind, sprachen sich geschlossen für die Vorlage aus. Demgegenüber war die Ablehnung Ausdruck von verfassungsrechtlichen Bedenken und einer Kritik an der Veloförderung. Bemerkenswerterweise begründete ein Viertel der Nein-Stimmenden ihren Entscheid mit einem Unbehagen gegenüber den Velofahrenden. Diese seien rücksichtslos, ignorierten Verkehrsregeln und würden gegenüber den Autofahrenden bevorteilt.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 23. September 2018 hatte das Schweizer Stimmvolk über den Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (Velobeschluss), die Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundliche und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» sowie die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» zu befinden. Der Velobeschluss wurde vom Stimmvolk mit einem Ja-Anteil von 73.6 Prozent gutgeheissen. Die beiden Volksinitiativen wurden hingegen verworfen: Die Fair-Food-Initiative wurde mit einem Nein-Anteil von 61.3 Prozent abgelehnt, die Volksinitiative für Ernährungssouveränität mit 68.4 Prozent der Stimmen.

Die VOTO-Studie

Die VOTO-Studien sind ein gemeinsames Projekt von FORS, dem ZDA und dem Befragungsinstitut LINK. Finanziert wird VOTO von der Schweizerischen Bundeskanzlei. VOTO wird seit Herbst 2016 anstelle der VOX-Analysen vom Bund in Auftrag gegeben.

Für diese Studie wurden zwischen dem 25.9. und dem 15.10.2018 1'502 Stimmberechtigte per Telefoninterview befragt. 795 Interviews wurden in der Deutschschweiz, 389 in der Romandie und 318 in der italienischsprachigen Schweiz geführt. Alle Befragten wurden zufällig aus dem Stichprobenregister des Bundesamtes für Statistik ausgewählt. Die Befragung dauerte im Durchschnitt 25.5 Minuten.

Die Frageformulierungen, die Erhebungen sowie die Datenanalyse liegen in der alleinigen Verantwortung von VOTO und sie folgen ausschliesslich wissenschaftlichen Kriterien. Befragungen unterliegen einem Stichprobefehler. Dieser variiert in Abhängigkeit von der Anzahl und Verteilung der Befragten.

2. Die Beteiligung

Am 23. September 2018 gelangten auf eidgenössischer Ebene drei Vorlagen zur Abstimmung: der Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur «Velo-Initiative»), nachfolgend kurz: Velobeschluss, die Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» sowie die Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle». Die Fair-Food-Initiative erreichte gemäss dem Bundesamt für Statistik mit 37.5 Prozent die höchste Stimmbeteiligung.¹ Nur geringfügig tiefer fielen die Partizipationsraten beim Velobeschluss und bei der Volksinitiative für Ernährungssouveränität aus (jeweils 37.4%). Der vorliegende Urnengang zeichnete sich also durch eine tiefe Stimmbeteiligung aus. Zur weit verbreiteten Abstinenz trug mit grosser Wahrscheinlichkeit die kurze und wenig intensiv geführte öffentliche Debatte bei. Dies lässt sich anhand der Medienresonanz illustrieren. Aufgrund der Sommerpause setzte die Medienberichterstattung zu den drei Abstimmungsvorlagen erst Mitte August ein und nahm erstaunlicherweise in den letzten drei Wochen sogar tendenziell ab.²

Die Tabelle 2-1 stellt die Höhe der Stimmbeteiligung nach einer Reihe von ausgewählten soziodemographischen Merkmalen dar. Wie dies in der jüngeren Vergangenheit oft der Fall war, nahmen auch dieses Mal die Partizipationsraten mit steigendem Alter, Bildungsgrad und Einkommen zu.³ Ein grosser Graben tat sich bei den Altersklassen auf. Die Stimmbeteiligung der über 70-Jährigen übertraf jene der 18-29-Jährigen um 35 Prozentpunkte. Was das Bildungsniveau betrifft, beteiligte sich rund die Hälfte der Befragten mit einem akademischen Abschluss an den Abstimmungen (48%). Bei den Bürgerinnen und Bürgern ohne nachobligatorische Bildung traf dies lediglich auf etwa ein Viertel zu (26%). Etwas weniger ausgeprägt war die Kluft in Bezug auf die objektive Einkommenssituation. Die durchschnittliche Stimmbeteiligung in den beiden höchsten Quartilen betrug jeweils 45 Prozent, während diese im untersten Quartil 31 Prozent erreichte.

Tabelle 2-1: Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stich- probenfehler
Total	37	1502	
Alter			V = 0.26***
18-29 Jahre	20	193	+/-5.6
30-39 Jahre	26	133	+/-7.5
40-49 Jahre	31	224	+/-6.1
50-59 Jahre	41	328	+/-5.3
60-69 Jahre	49	247	+/-6.2
70 Jahre und älter	55	377	+/-5.0
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.15***
Ohne nachobligatorische Bildung	26	165	+/-6.7
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	34	607	+/-3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	39	316	+/-5.4
Fachhochschule/Uni/ETH	48	407	+/-4.9

¹ Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen.gnpdetail.2018-0207.html>

² Vgl. dazu den Abstimmungsmonitor des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich (Quelle: https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:75a1cdcc-b4cb-40cb-ba4b-c803a4740a40/Abstimmungsmonitor_September_2018.pdf).

³ Wie aus der Tabelle 0-2 im Anhang ersichtlich ist, war auch der Erwerbsstatus von Bedeutung. In dieser Hinsicht zeigt sich insbesondere, dass die Erwerbslosen im Ruhestand eine besonders hohe Stimmbeteiligung aufwiesen (54%).

Äquivalenzeinkommen			V = 0.12**
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	31	339	+/-4.9
2. Quartil (3'251-4'600 CHF)	37	293	+/-5.5
3. Quartil (4'601-6'720 CHF)	45	337	+/-5.3
4. Quartil (>6'720 CHF)	45	291	+/-5.7

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe, für die das Konfidenzintervall (Konfidenzniveau = 95%) auch ermittelt wurde. Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei (zumeist) kategorialen Variablen zu überprüfen, wurde jeweils Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. *** steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille ($Pr < .001$), ** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent ($Pr < .01$) und * für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent ($Pr < .05$). Um die Stärke des bivariaten Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmass Cramérs V ausgewiesen (auf der Basis der gewichteten Werte). Cramérs V hat einen Wertebereich zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang).

Neben diesen soziodemographischen Merkmalen spielten bei der Teilnahmeentscheidung wie üblich auch politische Faktoren eine wichtige Rolle. Die Tabelle 2-2 zeigt, dass die Stimmbeteiligung stark vom politischen Interesse abhing. Lediglich 14 Prozent der Befragten, die sich überhaupt nicht für Politik interessieren, nahmen an diesem Urnengang teil. Für die politisch hoch Interessierten betrug dieser Anteil demgegenüber 65 Prozent.

Betrachtet man die Parteisympathie, treten ebenfalls beträchtliche Unterschiede zutage. Den Grünliberalen und den Grünen gelang es am besten, ihre jeweiligen Anhängerschaften zu mobilisieren. Die entsprechenden Beteiligungsraten betrugen 67 und 64 Prozent. Die starke Mobilisierung der Basis von GLP und Grünen kann vermutlich darauf zurückgeführt werden, dass alle drei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 23. September ökologische Aspekte enthielten. Für die restlichen Parteien ergeben sich signifikant tiefere Anteile. So nahm unter den Sympathisierenden der SVP nur jede dritte Person an diesem Urnengang teil.

Darüber hinaus erwiesen sich ideologische Gesichtspunkte als bedeutsam. Es sticht ins Auge, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sich selbst dem linken Rand zuordnen, in weit grösserem Ausmass an die Urnen gingen als jene der anderen Gruppen. Linksaussen erreichte die Stimmbeteiligung 62 Prozent, wohingegen in der politischen Mitte die Partizipationsrate nur 32 Prozent betrug. Rechtsaussen (36%), rechts (39%) und links (46%) lag die Mobilisierung dazwischen.

Tabelle 2-2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	37	1502	
Politisches Interesse			V = 0.32***
sehr interessiert	65	272	+/-5.7
eher interessiert	42	771	+/-3.5
eher nicht interessiert	21	351	+/-4.3
überhaupt nicht interessiert	14	105	+/-6.6

Parteisympathie			V = 0.24***
FDP	45	286	+/-5.8
CVP	45	125	+/-8.7
SP	41	251	+/-6.1
SVP	31	196	+/-6.5
GLP	67	69	+/-11.2
Grüne	64	92	+/-9.9
andere Partei	43	96	+/-9.9
keine	25	344	+/-4.6
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.17***
Links aussen (0-2)	62	107	+/-9.2
Links (3,4)	46	273	+/-5.9
Mitte (5)	32	552	+/-3.9
Rechts (6,7)	39	320	+/-5.3
Rechts aussen (8-10)	36	151	+/-7.7

Die VOTO-Studien erheben auch die Gründe für das Fernbleiben von der Urne. Im Rahmen der Nachbefragung werden den Nicht-Teilnehmenden acht Aussagen vorgelesen, die sie jeweils als zutreffend oder nicht zutreffend bezeichnen können. Die Tabelle 2-3 liefert einen Überblick über die Gründe der Stimmabstinenz am Urnengang vom 23. September 2018. Wie gewohnt wurden auch dieses Mal die Gründe «Verhinderung» (48%) und «Vergessen abzustimmen» (39%) am häufigsten genannt. An dritter Stelle folgt das Desinteresse an den Abstimmungsthemen mit 33 Prozent. Gegenüber den meisten früheren Studien wurde dieses Motiv öfter angegeben.⁴ Dies kann als Hinweis darauf interpretiert werden, dass die drei Abstimmungsvorlagen nur vergleichsweise wenige aus inhaltlichen Gründen mobilisierten. In Übereinstimmung mit dieser Sichtweise wurde die Kompliziertheit der Abstimmungsthemen von den 583 Nicht-Teilnehmenden weit weniger häufig ins Feld geführt (21%).⁵ Die beiden Aussagen, die sich auf den beschränkten Einfluss der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf das Resultat beziehen («Das Abstimmungsergebnis war ohnehin klar» und «Es kommt auf meine einzelne Stimme nicht an») spielten ebenfalls eine untergeordnete Rolle. Schliesslich wurden die Entscheidungsunsicherheit und das defätistische Motiv, wonach Abstimmungen ohnehin nichts ändern, mit 17 bzw. 13 Prozent am wenigsten häufig als Stimmabstinenzgrund angegeben.

⁴ Seit Beginn der VOTO-Analysen wurde dieser Grund einzig im Rahmen des Urnenganges vom 10. Juni 2018 häufiger angegeben (44%), als die Stimmbevölkerung über die Vollgeld-Initiative und das Geldspielgesetz zu befinden hatte. Ebenfalls 33 Prozent wurden am 4. März 2018 erreicht. Damals wurde über die Neue Finanzordnung 2021 und die Abschaffung der Billag-Gebühren abgestimmt.

⁵ Zudem ist zu erwähnen, dass im vorliegenden Urnengang das Motiv der Kompliziertheit unter dem Durchschnitt der ersten sieben VOTO-Analysen liegt (27%).

Tabelle 2-3: Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)
Verhinderung (Ferien, Krankheit, etc.)	48
Vergessen abzustimmen	39
Desinteresse an Abstimmungsthemen	33
Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	21
Das Abstimmungsergebnis war ohnehin klar	20
Es kommt auf meine einzelne Stimme nicht an	19
Entscheidungsunsicherheit	17
Abstimmungen ändern ohnehin nichts	13

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 583. Die Anteile wurden am Total aller materiell Antwortenden errechnet (exkl. weiss nicht/k.A.). Mehrfachnennungen waren möglich.

3. Die Meinungsbildung

Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, für jede der drei Vorlagen deren Bedeutung für sie persönlich anzugeben. Dabei gelangte eine Skala von 0 («überhaupt nicht wichtig») bis 10 («sehr wichtig») zur Anwendung. Wie aus der Tabelle 3-1 hervorgeht, lassen sich nur geringe Unterschiede zwischen den Vorlagen feststellen. Im Durchschnitt wurde die Fair-Food-Initiative als die wichtigste Vorlage eingestuft (6.0), dicht gefolgt vom Velobeschluss (5.8) und der Volksinitiative für Ernährungssouveränität (5.6). Gegenüber vorangegangenen Volksabstimmungen fiel das Bedeutungsniveau tief aus. So ist darauf hinzuweisen, dass seit Beginn der VOTO-Analysen im September 2016 lediglich dem Geldspielgesetz (5.5) eine tiefere Bedeutung beigemessen wurde als der Volksinitiative für Ernährungssouveränität. Die Fair-Food-Initiative bewegte sich ihrerseits auf einem ähnlichen Niveau wie der Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (6.1) vom 24. September 2017, als die Stimmbürgerschaft auf eidgenössischer Ebene das letzte Mal über eine landwirtschaftliche Vorlage zu befinden hatte.

Tabelle 3-1: Persönliche Bedeutung der Vorlagen (Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Velobeschluss	Fair-Food-Initiative	Ernährungssouveränität
sehr gering (0,1)	6	4	5
gering (2-4)	22	22	28
mittel (5)	18	16	17
hoch (6-8)	41	42	38
sehr hoch (9,10)	13	16	12
Total	100	100	100
Arithmetischer Mittelwert (n)	5.8 (841)	6.0 (825)	5.6 (782)

Bemerkungen: Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Hingegen zeigen sich in Bezug auf die persönliche Bedeutungszumessung markante und kohärente Unterschiede, sobald sprachregionale und ideologische Faktoren sowie Werthaltungen analysiert werden. Alle drei Abstimmungsvorlagen wurden in der Romandie als wichtiger empfunden als in der Deutschschweiz.⁶ Zudem massen die befragten Personen den Vorlagen eine höhere Bedeutung zu je weiter links sie sich positionieren. Dasselbe Muster lässt sich bei Personen feststellen, die den Umweltschutz gegenüber dem wirtschaftlichen Wohlstand vorziehen.⁷

⁶ Bei den Agrarinitiativen hob sich die Romandie auch von der italienischsprachigen Schweiz ab. Im Gegensatz dazu ergibt sich beim Velobeschluss kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen diesen zwei Sprachregionen. Somit wurde der Velobeschluss in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz als bedeutsamer eingestuft als in der Deutschschweiz.

⁷ Darüber hinaus spielte bei beiden landwirtschaftlichen Vorlagen die politische Färbung eine Rolle. Sowohl die Fair-Food-Initiative als auch jene für die Ernährungssouveränität wurde von der Anhängerschaft der Grünen als bedeutsamer erachtet als von den übrigen Stimmenden.

Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidzeitpunkt

Die Partizipierenden wurden des Weiteren zu jeder Vorlage gefragt, ob ihnen die Meinungsbildung eher leicht oder eher schwer gefallen war. In der Tabelle 3-2 findet sich eine Übersicht über die Antworten zur Verständnisschwierigkeitsfrage. Es zeigt sich, dass der Velobeschluss weit weniger Mühe bereitete als die beiden Agrarinitiativen. Nur 18 Prozent der befragten Stimmenden gaben an, dass es ihnen eher schwer gefallen sei zu verstehen, worum es beim Gegenentwurf zur zurückgezogenen Velo-Initiative ging. Die entsprechenden Anteile betragen 41 Prozent bei der Fair-Food-Initiative und 45 Prozent bei der Volksinitiative für Ernährungssouveränität. Somit stehen die Verständnisschwierigkeiten in umgekehrter Reihenfolge zur Kürze des Abstimmungstextes.

Tabelle 3-2: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Velobeschluss	Fair-Food-Initiative	Ernährungssouveränität
eher leicht	79	58	53
eher schwer	18	41	45
keine Angabe, weiss nicht	3	2	2

Bemerkungen: Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen. Anzahl Teilnehmende = 919.

Im Detail zeigt sich zudem, dass es mit zunehmendem politischem Interesse den Stimmenden leichter fiel, sich eine Meinung zu bilden. Dies war bei allen Abstimmungsvorlagen der Fall, die Gegenstand dieser Untersuchung sind. Beim Velobeschluss bekundeten insbesondere jüngere sowie linksstehende Personen kaum Verständnisschwierigkeiten. Im Fall der Initiative für die Ernährungssouveränität gaben Männer und Befragte mit höherem Bildungsniveau an, dass es ihnen eher leicht gefallen war zu verstehen, worum es bei dieser Vorlage ging.

Wenden wir uns nun der Analyse der Entscheidzeitpunkte zu. Diese legt den Schluss nahe, dass von den drei untersuchten Abstimmungsvorlagen der Velobeschluss am wenigsten ergebnisoffen war. Gemäss der Tabelle 3-3 stand bei dieser Vorlage für 56 Prozent der befragten Stimmenden die Entscheidung bereits von Anfang an fest. Der frühe Entscheidungszeitpunkt mag damit zusammenhängen, dass diese Vorlage von Beginn weg wenig konfliktreich war. Eine grosse Mehrheit der politischen Organisationen unterstützte das Anliegen, während die Gegnerschaft sich kaum formierte.

Der Anteil an Frühentschlossenen betrug bei der Fair-Food-Initiative 40 Prozent und bei der Initiative für Ernährungssouveränität 35 Prozent. Bei letzterer war sowohl der Anteil jener, die ihren Entscheid im Verlauf des Abstimmungskampfes (42%) als auch im letzten Moment fällten (23%) höher als beim Velobeschluss und der Fair-Food-Initiative. Der Umstand, dass die Teilnehmenden der Ernährungssouveränität am beeinflussbarsten waren, könnte auch darauf zurückgeführt werden, dass der Abstimmungstext verhältnismässig ausführlich und komplex war.

Aufgrund der in diesem Abschnitt präsentierten Ergebnisse lässt sich ein Zusammenhang zwischen der Verständnisschwierigkeit und dem Entscheidzeitpunkt postulieren. Je mehr Mühe die Stimmenden mit einer Vorlage bekundeten, desto später erfolgte ihre Entscheidung.

Tabelle 3-3: Entscheidzeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidzeitpunkt	Velobeschluss	Fair-Food-Initiative	Ernährungssouveränität
von Anfang an klar	56	40	35
während dem Abstimmungskampf	27	38	42
im letzten Moment	17	21	23
Total (n)	100 (914)	100 (915)	100 (907)

Gewichtete Resultate. Weiss nicht-Antworten (max. 1%) wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Informiertheit

Um den Grad an vorlagenspezifischer Informiertheit zu messen, wurde im Rahmen der VOTO-Analysen ein Index entwickelt, der die Kenntnisse der Stimmenden erfasst. Dieser Index der vorlagenspezifischen Informiertheit setzt sich aus der Frage nach den Abstimmungsthemen und der Motivfrage zusammen und wird wie folgt konstruiert: Wer das Abstimmungsthema zu nennen vermag, erhält einen Punkt. Wer bei der Frage nach dem Motiv keine substantielle Angabe macht (*weiss nicht, keine Antwort* und „*nicht verstanden/zu kompliziert*“) erhält 0 Punkte. Wer ein allgemeines, nicht-inhaltsbezogenes Motiv oder Empfehlungen angibt, erhält 1 Punkt. Wer ein inhaltliches Motiv angibt – unabhängig von der Differenziertheit der Ausführungen – erhält 2 Punkte. Insgesamt sind somit maximal 3 Punkte möglich.

Wie der Tabelle 3-4 entnommen werden kann, erwies sich das durchschnittliche Informiertheitsniveau am höchsten beim Velobeschluss (2.4 Punkte). Dies kann damit erklärt werden, dass diese Vorlage leichter zu verstehen war als die beiden landwirtschaftlichen Vorlagen. Zieht man jedoch die 15 Vorlagen heran, die bislang im Rahmen der sieben ersten VOTO-Analysen untersucht wurden, stellt man fest, dass es sich hierbei um keinen ausgeprägt hohen Wert handelt, entspricht er doch exakt dem arithmetischen Mittel. Die Fair-Food-Initiative erzielte einen Informiertheitswert von 2.3 Punkten und die Volksinitiative für Ernährungssouveränität einen solchen von 2.1 Punkten. Somit wurde ein ähnliches Niveau wie bei der letzten agrarpolitischen Vorlage erreicht - dem Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit vom 24. September 2017 (2.2 Punkte). Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Volksinitiative für Ernährungssouveränität punkto Informiertheitsgrad die bisherigen Tiefstwerte egalisiert. Diese wurden bei der Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft und bei der Vollgeld-Initiative registriert.

Tabelle 3-4: Informiertheit (Anteile in % der Stimmenden)

Informiertheitsniveau	Velobeschluss	Fair-Food-Initiative	Ernährungssouveränität
0 Punkte: uninformiert	4	6	10
1 Punkt	8	12	18
2 Punkte	32	29	26
3 Punkte: informiert	56	53	46
Total	100	100	100
Arithmetischer Mittelwert (n)	2.4 (846)	2.3 (830)	2.1 (786)

Bemerkungen: Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Informationsgewinnung

Die Tabelle 3-5 liefert Aufschluss über die Nutzung und die Nutzungsintensität von Informationsquellen. Dabei beschränken sich die Angaben auf jene Befragten, die am Urnengang teilgenommen haben. Von herausragender Bedeutung erweist sich zum wiederholten Male die Lektüre von Zeitungsartikeln und des sogenannten Bundesbüchleins («Erläuterungen des Bundesrates»). Neun von zehn Stimmenden gaben an, diese beiden Informationsquellen verwendet zu haben. In Bezug auf die Nutzungsintensität schwingt das Bundesbüchlein obenaus. Ob und inwiefern dessen Neugestaltung von Bedeutung war, kann hier nicht beantwortet werden.⁸

Von Bedeutung waren ferner Radiosendungen zu den Abstimmungen, Leserbriefe, Strassenplakate, Inserate, Newsseiten im Internet, Abstimmungszeitungen und Flyers sowie Meinungsumfragen. Diese Informationsquellen wurden immerhin von mehr als der Hälfte der Befragten genutzt. Demgegenüber spielten wie üblich Mitteilungen am Arbeitsplatz, Filme im Internet und die neuen sozialen Medien eine untergeordnete Rolle.

Tabelle 3-5: Mediennutzung (in % der Stimmenden, n = 897-919)

Informationsquelle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität
Artikel in Zeitungen	91	6.0
Bundesbüchlein	90	6.8
Abstimmungssendungen am Fernsehen	77	5.6
Abstimmungssendungen am Radio	65	4.9
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	61	4.5
Strassenplakate	59	3.2
Inserate in Zeitungen	59	3.7
News-Seiten im Internet	57	4.6
Abstimmungszeitungen oder Flyers	56	4.1
Meinungsumfragen	55	4.0
Mitteilungen am Arbeitsplatz	34	4.2
Filme und Videoclips im Internet	25	3.4
Soziale Medien wie Facebook oder Twitter	23	3.8

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweilige Informationsquelle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt.

⁸ Als Herausgeberin des Bundesbüchleins setzt die Bundeskanzlei seit dem Urnengang vom 23. September 2018 auf eine bessere Leserführung und mehr Ausgewogenheit. So wird neu den Argumenten des Bundesrats sowie der Initiativ- und Referendumskomitees gleich viel Platz eingeräumt.

4. Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur «Velo-Initiative»)

Die Ausgangslage

Der Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege ist ein direkter Gegenentwurf zur 2015 von mehreren linken Parteien und ökologisch orientierten Verbänden lancierten Velo-Initiative. Die Velo-Initiative wollte den Bund mit einem Verfassungsartikel zur Förderung der Veloinfrastruktur verpflichten. Diese Förderpflicht ging Bundesrat und Parlament zu weit. Nationalrat und Ständerat beschlossen stattdessen einen direkten Gegenentwurf, der dem Bund lediglich die Aufgabe überträgt, Grundsätze für Velowegnetze festzulegen. Ausserdem sollte der Bund die Möglichkeit, aber nicht die Pflicht, erhalten, Massnahmen der Kantone und weiterer Akteure zugunsten von Velowegen zu unterstützen und zu koordinieren. Damit zielte der Gegenentwurf darauf ab, Velowege in der Verfassung mit den Fuss- und Wanderwegen gleichzustellen. Planung, Bau und Unterhalt der Velowege sollten weiterhin Aufgabe von Kantonen und Gemeinden bleiben. Die Velo-Initiative wurde zugunsten des direkten Gegenentwurfs zurückgezogen.

Der Velobeschluss stiess kaum auf Gegenwehr. Bundesrat und Parlament empfahlen ihn beide zur Annahme. Sie argumentierten, dass die Förderung der Velowege zu einer erhöhten Verkehrssicherheit beitrage und helfe, den Strassenverkehr sowie die öffentlichen Transportmittel zu entlasten. Der Velobeschluss wurde mit Ausnahme der SVP von allen grossen nationalen Parteien sowie einer breiten Allianz von Verbänden unterstützt. Die breite Akzeptanz der Vorlage war beispielsweise daran ersichtlich, dass in der Abstimmungskampagne der Verein Pro Velo und der Automobilclub TCS Seite an Seite für ein Ja warben. Ausserdem sprachen sich auch verschiedene Gewerkschaften, Tourismus-, Sport- und Umweltverbände sowie Gesundheitsorganisationen und der Städteverband für den Velobeschluss aus. Ein eigentlicher Abstimmungskampf fand nicht statt. Neben der SVP meldeten zwar auch die Wirtschaftsdachverbände Economiesuisse und der Gewerbeverband föderalistische und finanzielle Bedenken an und empfahlen den Velobeschluss zur Ablehnung. Allerdings formierte sich kein Gegenkomitee. So ist nicht erstaunlich, dass die Vorlage an der Urne deutlich angenommen wurde: 73.6 Prozent der Stimmenden und sämtliche Kantone nahmen den Velobeschluss an. Besonders hoch lag die Zustimmung in den Kantonen der Westschweiz. In Genf, der Waadt, Neuenburg und dem Jura betrug der Ja-Anteil jeweils über 80 Prozent.

Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Der Velobeschluss stiess in allen sozialen Merkmalsgruppen auf Zustimmung (Tabelle 4-1). Die Höhe der Zustimmung variierte indes zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Den höchsten Zuspruch erhielt der Velobeschluss wenig überraschend von jenen, die am stärksten von ihm profitieren: Stimmende, die täglich mit dem Velo unterwegs sind, sprachen sich beinahe geschlossen für den direkten Gegenentwurf zur Velo-Initiative aus (88% Ja-Anteil). Wer das Velo nur gelegentlich (weniger als einmal im Monat) oder nie nutzt, stand dem Velobeschluss hingegen kritischer gegenüber (69 bzw. 59% Ja-Anteil). Der Stimmenscheid folgte somit einem gewissen Eigeninteresse. Entscheidend war dabei die Häufigkeit der Velonutzung und nicht, ob das Velo vornehmlich für die Freizeit oder als Transportmittel eingesetzt wird. Überdurchschnittlich hohe Zustimmungsraten von über 80 Prozent erzielte der Velobeschluss ausserdem in den mittleren Altersklassen der 30- bis 49-Jährigen sowie bei Stimmenden aus der höchsten Einkommensklasse. Diese Alters- und Einkommensgruppen sind denn auch unter den täglichen Velofahrern leicht übervertreten.⁹

⁹ Insgesamt gaben 20 Prozent der Befragten an, das Velo täglich zu nutzen. In der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen waren es 24 Prozent und bei den 40- bis 49-Jährigen 30 Prozent. In der höchsten Einkommensklasse nutzen nach eigenen Aussagen 27 Prozent täglich das Velo.

Schliesslich lassen sich Geschlechterunterschiede feststellen. Obwohl Frauen bei den Velo-Abstinenten deutlich übervertreten sind (42% der Frauen, aber nur 24% der Männer nutzen das Velo nie), sprachen sie sich etwas häufiger für den Velobeschluss aus (78 bzw. 70% Ja-Anteile). Das Geschlecht beeinflusste den Stimmentscheid also unabhängig von der Häufigkeit der Velonutzung, wie auch ein multivariater Test belegt.

Tabelle 4-1: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	74	846	
Häufigkeit der Velonutzung			V = 0.26***
Täglich	88	160	+/-5.0
Mindestens einmal pro Woche	81	219	+/-5.2
Mindestens einmal im Monat	75	91	+/-8.9
Weniger als einmal im Monat	69	70	+/-10.9
Nie	59	306	+/-5.5
Art der Velonutzung			V = n.s.
Als Transportmittel, z.B. für den Arbeitsweg, zum Einkauf, etc.	83	145	+/-6.2
Für die Freizeit, z.B. für Ausflüge und Sport	76	256	+/-5.2
Für beides gleichermassen	85	139	+/-5.9
Alter			V = 0.20**
18-29 Jahre	78	73	+/-9.6
30-39 Jahre	84	57	+/-9.6
40-49 Jahre	87	112	+/-6.3
50-59 Jahre	76	193	+/-6.0
60-69 Jahre	71	153	+/-7.2
70 Jahre und älter	62	258	+/-5.9
Äquivalenzeinkommen			V = 0.13*
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	65	159	+/-7.4
2. Quartil (3'251-4'600 CHF)	74	171	+/-6.6
3. Quartil (4'601-6'720 CHF)	72	212	+/-6.0
4. Quartil (>6'720 CHF)	82	191	+/-5.5
Geschlecht			V = 0.10*
Männer	70	445	+/-4.3
Frauen	78	401	+/-4.0

Politische Haltungen waren für den Stimmentscheid bedeutsamer als soziodemographische Faktoren (Tabelle 4-2). Dabei spielten Parteisympathien eine wichtige Rolle. Die Stimmenden folgten mehrheitlich den Parolen ihrer bevorzugten Parteien. Das rot-grüne Lager zeigte sich besonders parteiliniertreu: Die Anhängerschaften von Grünen, GLP und SP unterstützten den Velobeschluss mit Ja-Stimmenanteilen zwischen 92 und 87 Prozent. Die Zustimmung der CVP-Sympathisierenden lag mit 75 Prozent leicht über dem Durchschnitt, während bei der FDP rund zwei Drittel der Stimmenden der Parteiparole folgten und sich für den direkten Gegenentwurf zur Velo-Initiative aussprachen. Gespalten war derweil die Anhängerschaft der SVP: 47 Prozent legten entgegen der Parteiparole ein Ja in die Urnen. Die grosse Gruppe der Parteiungebundenen schlug sich ihrerseits klar ins Ja-Lager (71% Ja).

Ähnliche Gegensätze zeigten sich auch auf der Links-Rechts-Achse. Während der Velobeschluss im linken Lager erdrückende Mehrheiten erzielte und in der Mitte sowie leicht rechts davon mit einem Ja-Stimmenanteil von rund 70 Prozent komfortabel angenommen wurde, erhielt er von rechtsausen eine relativ deutliche Abfuhr (57% Nein-Anteil).

Das Vertrauen in den Bundesrat war für den Stimmentscheid ebenfalls von einer gewissen Bedeutung. Stimmende, die der Regierung ein sehr grosses Vertrauen entgegenbringen, stimmten dem Velobeschluss deutlich häufiger zu (80% Ja-Anteil) als diejenigen, die dem Bundesrat misstrauen (57% Ja-Anteil).

Schliesslich prägten auch Wertehaltungen das Stimmverhalten. In der Kampagne wurde häufig argumentiert, das Velo sei ein umweltschonendes Transportmittel und daher zu fördern. Mit dem Ausbau des Velowegnetzes wurde ausserdem die Hoffnung verknüpft, dass für kürzere Fahrten mehr Leute das Velo anstelle des Autos nutzen. Stimmende, die dem Umweltschutz Priorität gegenüber dem wirtschaftlichen Wohlstand einräumen, stimmten dem Velobeschluss mit einem Ja-Anteil von 85 Prozent denn auch viel deutlicher zu als Personen, die dem wirtschaftlichen Wohlstand den Vorrang geben (52% Ja-Anteil). Die Haltung zum Föderalismus spaltete die Stimmenden hingegen weniger stark. Im Parlament und während der Kampagne argumentierte die Gegnerschaft des Velobeschlusses häufig, dass die bestehende Kompetenzordnung gemäss Subsidiaritätsprinzip gut funktioniere und der Bund daher nicht mit neuen Aufgaben im Bereich der Velowege betraut werden solle. Stimmende, die den Kantonen grundsätzlich mehr Macht geben möchten, standen dem Velobeschluss denn auch kritischer gegenüber als solche, die eine Zentralisierung befürworten oder keine klare Präferenz zu dieser Frage aufweisen. Allerdings sprachen sich auch die Anhängerinnen und Anhänger eines starken Föderalismus mit 64 Prozent Ja-Stimmenanteil mehrheitlich für den direkten Gegenentwurf zur Velo-Initiative aus.

Tabelle 4-2: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	74	846	
Parteisympathie			V = 0.32***
FDP	65	177	+/-7.1
CVP	75	80	+/-9.6
SP	87	155	+/-5.3
SVP	47	101	+/-9.8
GLP	88	54	+/-8.7
Grüne	92	69	+/-6.6
andere Partei	79	62	+/-10.2
keine	71	138	+/-7.6

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.30***
Linksaussen (0-2)	92	79	+/-6.1
Links (3,4)	87	181	+/-4.9
Mitte (5)	71	288	+/-5.2
Rechts (6,7)	70	187	+/-6.6
Rechtsaussen (8-10)	43	85	+/-10.6
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.19***
sehr gering bis gering (0-4)	57	82	+/-10.8
mittel (5)	62	97	+/-9.7
hoch (6,7)	75	273	+/-5.1
sehr hoch (8-10)	80	384	+/-4.0
Wertehaltung: Umweltschutz vs. wirtschaftlicher Wohlstand			V = 0.26***
Umweltschutz wichtiger	85	405	+/-3.6
gemischte Wertehaltung	66	324	+/-5.2
Wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	52	79	+/-11.1
Wertehaltung: Zentralismus vs. Föderalismus			V = 0.12*
Bund mehr Macht	76	180	+/-6.2
gemischte Wertehaltung	77	386	+/-4.2
Kantone mehr Macht	64	236	+/-6.1

Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei konnten die Stimmenden mehrere Gründe nennen. Die genannten Gründe wurden anschliessend nach einem Codeschema manuell codiert und zusammengefasst. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig Gründe als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig die Gründe insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Bei den **Ja-Motiven** (Tabelle 4-3) dominierte der Wunsch nach einer verstärkten Veloförderung mit 37 Prozent der Erstnennungen. Dabei zeigt sich wie bei der vorgängigen Analyse des Stimmenscheids, dass ein Teil der Ja-Stimmenden den Velobeschluss primär aus Eigeninteresse unterstützte: So nannten sechs Prozent als Hauptmotiv für ihren Entscheid, dass sie das Velo selber (regelmässig) nutzen. Insgesamt bezog sich sogar fast ein Viertel aller Ja-Stimmenden auf dieses Motiv. Daneben wünschten sich 15 Prozent hauptsächlich einen Ausbau des Velowegnetzes. Mit 21 Prozent der Erstnennungen stand dieses Motiv in der italienischsprachigen Schweiz gar an erster Stelle der Zustimmungsründe. Dieser Befund widerspiegelt andere Studienergebnisse, wonach Tessinerinnen und Tessiner besonders häufig beklagen, die Behörden würden nicht genug für das Velo tun.¹⁰ Schliesslich argumentierten weitere 16 Prozent der Ja-Stimmenden ganz allgemein, dass das Velo an Bedeutung gewinne und zu fördern sei.

¹⁰ Vgl. Rérat, Patrick et al. (im Erscheinen). *Au travail à vélo...La pratique utilitaire du bicyclette en Suisse*. Neuenburg: Editions Alphil-Presses universitaires suisses, S. 144.

An zweiter Stelle der Ja-Motive standen mit 19 Prozent der Erstnennungen umweltpolitische Überlegungen, insbesondere die Forderung, den Langsamverkehr zu fördern und damit zur Entlastung von Strassen und öffentlichen Transportmitteln beizutragen und die Lärm- und Luftbelastung zu reduzieren. 15 Prozent der Ja-Stimmenden rechtfertigten ihr Stimmverhalten damit. In der französischsprachigen Schweiz und bei den unter 30-Jährigen nahm gar fast ein Viertel darauf Bezug. Weitere vier Prozent stimmten dem Velobeschluss aus anderen umweltpolitischen Überlegungen zu, beispielsweise um Verkehrsspitzen und Staus zu reduzieren oder das Klima für die kommenden Generationen zu schützen.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit durch eine Entflechtung der Verkehrswege war ein weiterer wichtiger Aspekt für die Ja-Stimmenden. Zwölf Prozent der Erstnennungen und 22 Prozent aller Nennungen bezogen sich darauf. Schliesslich führten zehn Prozent der Ja-Stimmenden verfassungsrechtliche Überlegungen ins Feld. Dabei wurde der Wunsch nach Koordination und Harmonisierung der Veloinfrastruktur durch den Bund ebenso häufig geäussert wie die Ansicht, Velowege seien mit den Fuss- und Wanderwegen gleichzustellen. Dieses Argument fand bei Männern grösseren Anklang als bei Frauen (14 bzw. 5%).

Der Velobeschluss wurde von einer breiten Allianz von Verbänden getragen. Viele dieser Akteure betonten in der Abstimmungskampagne spezifisch-positive Auswirkungen der Veloförderung, beispielsweise auf die Gesundheit, den Tourismus oder den Radsport. Solche Überlegungen waren für die Ja-Stimmenden jedoch selten ausschlaggebend für ihren Entscheid. Nur vier Prozent nannten diverse spezifische Gründe. Ein ebenso kleiner Anteil der Ja-Stimmenden (5%) orientierte sich an Empfehlungen, zumeist vom Bundesrat. Acht Prozent gaben eine sehr allgemeine Begründung (z.B. sympathische Idee) für ihre Zustimmung zum Velobeschluss an, während fünf Prozent überhaupt kein Motiv nennen konnten.

Tabelle 4-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Veloförderung	37		63	
Selber Velofahrer / Velofahrerin	6	41	23	150
Ausbau des Velowegnetzes	15	95	20	128
Anderer Bezug zum Velo (z.B. das Velo wird wichtiger; nicht nur Autos, sondern auch Velos fördern)	16	106	20	130
Umweltpolitische Gründe	19		31	
Umstieg auf umweltfreundlichen Langsamverkehr	15	99	23	148
Anderer Bezug zur Umwelt (z.B. Verbesserung des Verkehrsflusses; Staus reduzieren; für das Klima)	4	24	8	52
Verkehrssicherheit	12	80	22	142
Verfassungsrechtliche Gründe (Bund soll koordinieren, Gleichstellung mit Fuss- und Wanderwegen)	10	61	13	84
Allgemeines (gefällt mir; sympathische Idee)	8	49	8	49
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, andere)	5	31	6	38
Diverse Motive (z.B. Gesundheitsförderung, Tourismus, Ausland ist weiter fortgeschritten)	4	27	10	62
Weiss nicht / keine Antwort	5	32	5	32
Total	100	646	158	1015

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Motiven** stachen zwei Themen mit je einem Drittel aller Erstnennungen hervor: Kritik an der Veloförderung sowie verfassungsrechtliche Bedenken. In der ersten Gruppe dominierte ein generelles Unbehagen gegenüber den Velofahrenden. Ein Viertel der Nein-Stimmenden begründeten ihren Entscheid gegen den Velobeschluss damit, dass die Velofahrenden rücksichtslos seien, Verkehrsregeln ignorierten und gegenüber den Autofahrenden bevorteilt würden. Solche negativen Aussagen zu Velofahrenden waren in der Deutschschweiz der meistgenannte Beweggrund gegen den Velobeschluss (26% der Erstnennungen), wurden hingegen in den französisch- und italienischsprachigen Landesteilen weniger betont (16 bzw. 13%). Weitere zehn Prozent erklärten, die bestehende Veloinfrastruktur sei bereits ausreichend. Ein weiterer Ausbau würde nicht dazu beitragen, die Strassen zu entlasten.

In Bezug auf die verfassungsrechtlichen Bedenken betonten die Gegnerinnen und Gegner des Velobeschlusses zwei verschiedene Aspekte. Einerseits wurde argumentiert, dass Velowege nicht auf Verfassungsebene geregelt werden sollen und die Überregulierung gestoppt werden müsse (17%), andererseits, dass die Kantone für die Velowege zuständig seien und sich der Bund nicht einmischen solle.

Andere Entscheidungsgründe waren weniger wichtig. Neun Prozent befürchteten, dass mit dem Velobeschluss zu hohe finanzielle Verpflichtungen für den Bund entstünden. Weitere spezifische Gründe wurden nur von drei Prozent der Nein-Stimmenden genannt, während sieben Prozent ihren Entscheid nicht begründen konnten. Fünf Prozent lieferten eine inhaltsfremde, sehr allgemeine Erklärung für ihre Ablehnung des Velobeschlusses (z.B. «gefällt mir nicht») und vier Prozent folgten den Empfehlungen von Parteien oder Bekannten.

Tabelle 4-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Kritik an der Veloförderung	34		42	
Unbehagen gegenüber den Velofahrenden	24	48	30	59
Veloinfrastruktur genügend / Ausbau ineffizient	10	19	12	24
Verfassungsrechtliche Gründe	34		36	
Kantonskompetenz	17	34	18	36
Gehört nicht in die Verfassung	17	33	18	37
Kostengründe	9	18	12	23
Allgemeines (Mag ich nicht, bringt nichts)	5	11	7	15
Diverse Motive (z.B. nicht noch mehr Land verbauen)	3	6	4	8
Empfehlungen (Parteien, andere)	4	8	5	9
Verwechslungen	4	7	4	7
Weiss nicht / keine Antwort	7	15	7	15
Total	100	200	117	233

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 4-5). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Das **Pro-Argument**, wonach man mehr für die Sicherheit der Velofahrenden machen müsse, erhielt von 82 Prozent der Stimmenden Zuspruch. Besonderen Anklang fand dieses Argument bei den italienischsprachigen Stimmenden und in der Romandie (94 bzw. 92% Zustimmung). In diesen Landesteilen fühlen sich anderen Studien gemäss denn auch besonders viele Velofahrende auf ihrem Arbeitsweg unsicher.¹¹ Nahezu alle Befürwortenden des Velobeschlusses waren der Meinung, die Sicherheit der Velofahrenden müsse verbessert werden (91% Zustimmung). Mehr als die Hälfte der Nein-Stimmenden zeigte sich ebenfalls damit einverstanden (57%). Diese Haltung ist nicht zwingend widersprüchlich. Nein-Stimmende, die eine verbesserte Velosicherheit befürworteten, begründeten ihren Entscheid häufiger damit, dass das Velo nicht in die Verfassung gehöre (22% der Hauptmotive). Dies mag bedeuten, dass diese Nein-Stimmenden im Velobeschluss nicht das richtige Instrument sahen, um die Velosicherheit zu verbessern.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich beim dritten Pro-Argument, wonach Velofahren umweltfreundlich und gesund sei und das Velonetz deshalb ausgebaut werden solle. So pflichteten 96 Prozent der Ja-Stimmenden und 59 Prozent der Ablehnenden diesem Argument bei. Bei Nein-Stimmenden, die mit der SVP sympathisieren, konnte dieses Argument allerdings keine Mehrheit erzielen (45% Zustimmung).

Das Argument, wonach man das Velo stärker fördern müsse, um den Strassenverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel zu entlasten, stiess bei den Befürworterinnen und Befürwortern des Velobeschlusses auf grosse Zustimmung (85%), insbesondere bei den Anhängerschaften der Grünen und der GLP (94 bzw. 91% Zustimmung). Die Nein-Stimmenden zeigten sich hingegen von diesem Argument bedeutend weniger überzeugt (51% Ablehnung).

Tabelle 4-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Man muss mehr für die Sicherheit der Velofahrenden machen.“	Total	82	17	1
	Ja-Stimmende	91	8	0
	Nein-Stimmende	57	41	2
„Man muss das Velo stärker fördern, um den Strassenverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel zu entlasten.“	Total	74	24	1
	Ja-Stimmende	85	14	1
	Nein-Stimmende	46	51	3
„Velofahren ist umweltfreundlich und gesund. Darum muss man das Velonetz ausbauen und verbessern.“	Total	86	12	1
	Ja-Stimmende	96	3	1
	Nein-Stimmende	59	38	3

¹¹ Vgl. Rérat, Patrick et al. (im Erschienen). *Au travail à vélo...La pratique utilitaire du bicyclette en Suisse*. Neuenburg: Editions Alphil-Presses universitaires suisses, S. 138.

Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Das Schweizer Velonetz ist schon heute hervorragend. Es braucht keinen Verfassungsartikel.“	Total	36	61	3
	Ja-Stimmende	21	77	2
	Nein-Stimmende	77	17	6
„Die Velowege sind Sache der Gemeinden und Kantonen. Der Bund soll sich nicht einmischen.“	Total	46	51	3
	Ja-Stimmende	34	62	4
	Nein-Stimmende	78	21	1
„Es ist ungerecht, dem Velo auf Kosten von anderen Transportmitteln mehr Raum zu lassen.“	Total	28	69	3
	Ja-Stimmende	20	77	3
	Nein-Stimmende	50	46	3

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 82% aller Stimmenden (sowie 91% aller Ja-Stimmenden bzw. 57% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach man mehr für die Sicherheit der Velofahrenden machen müsse, bei. 17% aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 1% antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 846, Ja-Stimmende 646, Nein-Stimmende 200.

Die **Kontra-Argumente** spalteten die Anhänger- und Gegnerschaft des Velobeschlusses wesentlich stärker. 77 Prozent der Nein-Stimmenden teilten das Kontra-Argument, wonach das Schweizer Velonetz bereits heute hervorragend sei und es demnach keinen Verfassungsartikel brauche. Nur ein Fünftel der Ja-Stimmenden war ebenfalls dieser Meinung.

Das Argument, wonach die Velowege Sache der Gemeinden und Kantone seien und sich der Bund nicht einmischen solle, wurde von den Ja- und Nein-Stimmenden ebenfalls kontrovers beurteilt. 78 Prozent der Nein-Stimmenden, aber lediglich ein Drittel der Befürwortenden, pflichteten diesem Argument bei. Ja-Stimmende, die sich mit der SP oder den Grünen identifizieren, standen diesem Argument besonders kritisch gegenüber, während Sympathisierende der rechts-bürgerlichen Parteien (CVP, FDP, SVP) diesen ordnungspolitischen Bedenken mit Zustimmungsraten von über 40 Prozent mehr abgewinnen konnten.

Das dritte Kontra-Argument, wonach es ungerecht sei, dem Velo auf Kosten von anderen Transportmitteln mehr Raum zu lassen, hatte die geringste Durchschlagskraft. Nur die Hälfte der Nein-Stimmenden und ein Fünftel der Ja-Stimmenden zeigten sich davon überzeugt. Unter den Nein-Stimmenden, die ihren Stimmenscheid primär mit ihrem Unbehagen gegenüber den Velofahrenden begründet hatten, lag die Zustimmung zu diesem Argument jedoch wenig überraschend bei 76 Prozent.

5. Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»

Die Ausgangslage

Die von den Grünen eingereichte Fair-Food-Initiative wollte in der Verfassung verankern, dass der Bund das Angebot an umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich sowie unter fairen Arbeitsbedingungen produzierten Lebensmitteln stärkt. Auch Importe sollten grundsätzlich Schweizer Standards entsprechen. Zudem sah das Begehren vor, dass der Bund Massnahmen zur Eindämmung der Lebensmittelverschwendung trifft, zusätzliche Zulassungs- und Deklarationsvorschriften erlässt, die Verarbeitung und Vermarktung regional und saisonal produzierter Lebensmittel fördert sowie die Möglichkeit erhält, die Vergabe von Zollkontingenten zu regeln und Einfuhrzöllen abzustufen.

Der Bundesrat empfahl dem Parlament die Volksinitiative nicht zuletzt mit Verweis auf die internationalen Verpflichtungen der Schweiz zur Ablehnung. Beide Kammern wandten sich deutlich gegen das Begehren. Der Nationalrat sprach sich mit 139 zu 37 Stimmen und der Ständerat mit 34 zu einer Stimme gegen die Fair-Food-Initiative aus. Einzig die Mitglieder der Fraktion der Grünen unterstützten die Vorlage einstimmig. Darüber hinaus scheiterten Abgeordnete aus dem links-grünen Lager mit ihrem Vorhaben, der Initiative wenigstens einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen am Widerstand der bürgerlichen Ratsmehrheiten.

Im Abstimmungskampf erhielt die Volksinitiative Unterstützung von der SP, den Grünen, der PdA, der EVP und von vereinzelt Sektionen bürgerlicher Parteien in der Westschweiz.¹² Bekämpft wurde die Fair-Food-Initiative von der SVP, der FDP, der CVP, der BDP und den grossen Wirtschaftsdachverbänden (Economiesuisse und Schweizerischer Gewerbeverband). Stimmfreigabe beschlossen indessen die Grünliberalen, der Bauernverband und der Schweizerische Gewerkschaftsbund.

In einer Kampagne, die keine besonders hohen Wellen schlug, nahm gemäss Umfragen die Unterstützung der Volksinitiative kontinuierlich ab.¹³ Die Vorlage wurde am 23. September 2018 mit einem Ja-Stimmenanteil von 38.7 Prozent verworfen. Ins Auge stach jedoch die hohe Zustimmung in der Romandie. Die Fair-Food-Initiative wurde einzig in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Jura angenommen.

Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Im Folgenden werden die individuellen Einflussfaktoren des Stimmenscheids unter die Lupe genommen. Dabei fällt zunächst auf, dass soziodemographische Eigenschaften eine untergeordnete Rolle spielten. Eine gewichtige Ausnahme bildet jedoch das Alter. Die Zustimmung zur Fair-Food-Initiative nahm in der Tendenz mit steigendem Alter ab. Wie aus der Tabelle 5-1 ersichtlich ist, war die höchste Zustimmungsrate (54%) nicht etwa in der jüngsten Alterskategorie (18-29-Jährige), sondern bei den 30-39-Jährigen auszumachen. Im Gegensatz dazu stiess das Begehren der Grünen bei den über 70-Jährigen auf wenig Gegenliebe. In der Tat betrug der durchschnittliche Ja-Anteil in dieser Kategorie lediglich 28 Prozent.¹⁴

¹² Im Kanton Waadt beschloss neben der CVP und der BDP auch die SVP die Ja-Parole. Im Kanton Freiburg betraf dies die BDP und im Kanton Jura die CVP. Abgesehen davon sprachen sich auch die Grünliberalen der Kantone St. Gallen und Neuenburg für die Fair-Food-Initiative aus.

¹³ Vgl. die SRG-Trendumfragen (<https://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/category/srg-trendumfragen>) und die Abstimmungsumfragen von Tamedia (<https://www.tamedia.ch/de/umfragen>).

¹⁴ Von Bedeutung war auch das Bildungsniveau. Hervorzuheben ist dabei die tiefe Zustimmung jener Stimmenden, die als höchste Ausbildung eine Berufslehre abgeschlossen haben. Hier nahm nur jede(r) Dritte die Volksinitiative an. Im Gegensatz dazu unterschieden sich die Zustimmungsraten der drei übrigen Bildungskategorien nicht auf signifikante Weise vom Ja-Anteil, der bei der Fair-Food-Initiative registriert wurde.

Im Übrigen übte die objektive Einkommenssituation keinen systematischen Einfluss auf das Stimmverhalten aus. Obwohl die Initiativgegner im Abstimmungskampf eindringlich vor höheren Lebensmittelpreisen warnten, waren tiefere Einkommenschichten gegenüber der Vorlage nicht kritischer eingestellt als wohlhabendere Kategorien.

Tabelle 5-1: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	39	830	
Erwerbsstatus			V = 0.18***
Selbständig	43	65	+/-12.1
Angestellt	45	352	+/-5.2
Andere Erwerbsspersonen	25	18	+/-20.7
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	58	35	+/-16.6
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	29	313	+/-5.0
Hausfrau/Hausmann	30	35	+/-15.4
Andere Nicht-Erwerbsspersonen	21	12	+/-24.2
Alter			V = 0.16**
18-29 Jahre	42	70	+/-11.6
30-39 Jahre	54	59	+/-12.8
40-49 Jahre	45	106	+/-9.5
50-59 Jahre	41	191	+/-7.0
60-69 Jahre	37	154	+/-7.7
70 Jahre und älter	28	250	+/-5.6
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.11*
Ohne nachobligatorische Bildung	48	69	+/-11.9
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	33	317	+/-5.2
Maturität/höhere Berufsbildung	39	176	+/-7.2
Fachhochschule/Uni/ETH	44	267	+/-6.0

Politische Einstellungen erwiesen sich für den Stimmentscheid als erheblich bedeutsamer als soziodemographische Faktoren (vgl. Tabelle 5-2). Markante Unterschiede zeigen sich in Bezug auf die Parteisymphathie. Im Allgemeinen folgten die Stimmenden den Parolen ihrer jeweils bevorzugten Parteien. Die Anhängerschaften der Grünen und der SP stimmten der Fair-Food-Initiative denn auch grossmehrheitlich zu. Erstere sprachen sich allerdings in höherem Masse für die Vorlage aus als letztere (83 vs. 65%). Dieser Befund vermag insofern nicht zu überraschen, als einerseits die Volksinitiative aus den Reihen der Grünen stammte und andererseits Aushängeschilder der SP während der parlamentarischen Beratungen und der Abstimmungskampagne verschiedentlich Bedenken zum Initiativtext äusserten. Dies traf nicht zuletzt auf SP-Bundesrat Alain Berset zu, der als Vorsteher des federführenden Departements des Inneren (EDI) im Namen der Landesregierung die Initiative zur Ablehnung empfahl. Auf Seiten der Sympathisierenden der grossen bürgerlichen Parteien wurde die Fair-Food-Initiative deutlich verworfen. Der durchschnittliche Nein-Anteil schwankte dabei zwischen 78 Prozent (CVP) und 87 Prozent (FDP). Gespalten war ihrerseits die Anhängerschaft der Grünliberalen wie dies der durchschnittlichen Ja-Anteil von 42 Prozent suggeriert. Dies kann damit erklärt werden, dass sich diese Partei nicht zur Vorlage positionierte.

Darüber hinaus wurde der Stimmentscheid von Werthaltungen geprägt. Jene Partizipierenden, die den Umweltschutz höher gewichteten als den wirtschaftlichen Wohlstand, sprachen sich knapp mehrheitlich für die Vorlage aus (56%). Die Ja-Anteile der Individuen mit gemischten Werthaltungen (23%) und Präferenzen für den wirtschaftlichen Wohlstand (26%) fielen markant tiefer aus. Ein zentraler Erklärungsfaktor waren ferner die Einstellungen zur Konfliktlinie zwischen Staat und Markt. Die Volksinitiative fand bei jenen Stimmenden eine Mehrheit, die Staatseingriffe in die Wirtschaft bevorzugen (64%). Dagegen wurde sie von Personen, die eine Präferenz für Wettbewerb auf dem Markt haben, in noch deutlicherem Ausmass verworfen (75%).¹⁵

Tabelle 5-2: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	39	830	
Parteisympathie			V = 0.47***
FDP	13	173	+/-5.1
CVP	22	77	+/-9.3
SP	65	151	+/-7.6
SVP	17	100	+/-7.5
GLP	42	54	+/-13.3
Grüne	83	68	+/-8.9
andere Partei	46	59	+/-12.8
keine	35	138	+/-8.0
Konsumverhalten: Kauf von Lebensmitteln aus fairer und biologischer Produktion			V = 0.40***
Sehr stark	61	179	+/-7.2
Stark	48	309	+/-5.6
Mittel	17	249	+/-4.6
Wenig	12	53	+/-8.8
Überhaupt nicht	6	33	+/-8.2
Werthaltung: Umweltschutz vs. wirtschaftlicher Wohlstand			V = 0.34***
Umweltschutz wichtiger	56	398	+/-4.9
Gemischte Werthaltung	23	317	+/-4.6
Wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	26	81	+/-9.6
Werthaltung: Staatseingriffe vs. Wettbewerb			V = 0.29***
Mehr Staatseingriffe	64	167	+/-7.3
Gemischte Werthaltung	40	323	+/-5.3
Mehr Wettbewerb	25	282	+/-5.0

¹⁵ Ein ähnliches Ergebnis trat in Bezug auf das Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft zutage. Mit zunehmendem Vertrauen sank die Zustimmung zur Fair-Food-Initiative. Während also Haltungen zur Wirtschaft von Bedeutung waren, ist anzumerken, dass das Vertrauen in den Bundesrat bei dieser Vorlage keine Rolle spielte.

Schliesslich ist zu betonen, dass auch Konsumgewohnheiten das Stimmverhalten beeinflussten. Angesichts des Umstands, dass sich die Fair-Food-Initiative die nachhaltige Produktion von Lebensmitteln auf die Fahnen schrieb, wurde im Rahmen dieser Studie eine Zusatzfrage gestellt. Es wurde gefragt, wie stark beim Einkaufen darauf geachtet wird, dass die Lebensmittel aus fairer und biologischer Produktion stammen. Die Zustimmung zur Vorlage nahm deutlich zu, je stärker die Stimmenden angaben, solche Produkte zu berücksichtigen. Der Ja-Anteil jener, die überhaupt nicht darauf achten, betrug nur sechs Prozent. Unter jenen, die beim Einkaufen sehr stark auf Lebensmittel aus fairer und biologischer Produktion achten, war die Zustimmung rund zehn Mal höher (61%).

Die Motive

Die wichtigsten Gründe für die Annahme oder Ablehnung der Fair-Food-Initiative wurden mit einer offenen Frage erhoben, manuell codiert und in Kategorien zusammengefasst. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig ein Motiv als erstes genannt wurde (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig es insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden genannt wurde (alle Nennungen).

Die Fair-Food-Initiative machte ihrem offiziellen Namen, «Für gesunde sowie umweltfreundliche und fair hergestellte Lebensmittel», unter den Befürwortenden alle Ehre. Wie aus der Tabelle 5-3 ersichtlich wird, dominierten bei den **Ja-Motiven** Begründungen aus der Kategorie *Umwelt und Nachhaltigkeit*, gefolgt von solchen aus den Kategorien *Sozialverträglichkeit und Fairness* sowie *Gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel*. 29 Prozent aller Ja-Stimmenden äusserten spontan ein umweltpolitisches Motiv als Hauptgrund ihres Stimmenscheids. Insgesamt nannte ein solches Motiv gar mehr als die Hälfte aller Ja-Stimmenden, nämlich 56 Prozent (alle Nennungen). Unter diesen umweltpolitischen Motiven war der Wunsch nach einem grösseren Angebot an nachhaltig produzierten Lebensmitteln am prominentesten vertreten (11% aller Erstnennungen).

Fast jede(r) fünfte Befürwortende nannte als Hauptgrund des Stimmenscheids, dass die Produktion und der Handel von Nahrungsmitteln sozialverträglicher und fairer werden sollen. Für zwölf Prozent stand die Forderung nach mehr gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln im Vordergrund. In den zwei letztgenannten Kategorien sind bedeutende sprachregionale Unterschiede zu verzeichnen. So waren in der Deutschschweiz *Sozialverträglichkeit und Fairness* viel wichtigere Gründe für ein Ja als in der lateinischen Schweiz. Umgekehrt war die Forderung nach gesünderen und qualitativ hochwertigeren Lebensmitteln in der Romandie und in der italienischsprachigen Schweiz deutlich ausgeprägter als in der Deutschschweiz.¹⁶ Vergleichsweise wenig wurden weitere Kernanliegen der Initiative genannt, beispielsweise, dass landwirtschaftliche Importprodukte dieselben Standards erfüllen sollen wie in der Schweiz hergestellte Lebensmittel oder dass Produktionsmethoden und Tierhaltung besser deklariert werden sollen. Nicht selten wurden auch inhaltsferne, sehr allgemeine Begründungen genannt (12% der Erstnennungen). In diese Kategorie entfielen beispielsweise Aussagen wie «das ist eine gute Sache» oder «man muss endlich etwas tun». Schliesslich vermochten neun Prozent der Befragten keinen Grund für ihre Ja-Stimme zu nennen.

¹⁶ In der Deutschschweiz nannten 22 Prozent der Initiativbefürwortenden ein Motiv im Zusammenhang mit der Sozialverträglichkeit und Fairness als Hauptgrund ihres Stimmenscheids. In der Romandie waren dies 13 Prozent und in der italienischsprachigen Schweiz nur gerade zwei Prozent. Dagegen spielten die Qualität der Lebensmittel sowie Bedenken zur Gesundheit bei Deutschschweizer Ja-Stimmenden eine untergeordnete Rolle für deren Votum. Lediglich acht Prozent der Erstnennungen fielen in diese Kategorie. In der italienischsprachigen Schweiz und in der Romandie waren es mit 16 bzw. 19 Prozent bedeutend mehr.

Tabelle 5-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Umwelt und Nachhaltigkeit	29		56	
Mehr umweltfreundlich hergestellte Produkte	11	36	16	54
Förderung lokaler Lebensmittel	7	23	14	45
Tierschutz	2	8	6	19
Anderer Bezug zur Umwelt (Lebensmittelverschwendung stoppen, gegen Pestizide, etc.)	9	31	20	67
Sozialverträglichkeit und Fairness	18	59	28	92
Gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel	12	40	17	56
Handelsprotektionismus (Abhängigkeit vom Ausland reduzieren, Schweizer Standards für Importprodukte, gegen den Freihandel, etc.)	7	22	10	33
Unterstützung der Schweizer Landwirtschaft	6	20	11	35
Allgemeines (man muss etwas tun, gute Sache, etc.)	12	40	15	48
Diverse Motive (insb. bessere Deklaration und Kontrolle)	3	9	6	21
Empfehlungen (Parteien, Verbände, andere)	3	9	5	16
Verwechslungen	2	7	2	7
Weiss nicht / keine Antwort	9	29	9	29
Total	100	331	158	522

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Das wichtigste **Nein-Motiv** war mit 16 Prozent der Erstnennungen (und einem Viertel aller Nennungen) die Befürchtung, dass bei einer Annahme der Fair-Food-Initiative die Lebensmittelpreise steigen würden (Tabelle 5-5). Sowohl in der Deutschschweiz als auch in der Romandie hat das Kostenargument am meisten verfangen: Mit 16 Prozent in der Deutschschweiz und 13 Prozent in der Westschweiz war es das meistgenannte substantielle Hauptargument gegen die Initiative.

In der italienischsprachigen Schweiz stand hingegen das Argument, dass die Schweiz bezüglich umweltfreundlichen und fairen Produkten bereits genug mache und die Initiative daher unnötig sei, an erster Stelle (21%). Insgesamt wurde diese Ansicht von einem Fünftel der Nein-Stimmenden geteilt (alle Nennungen). 14 Prozent sprachen sich mit ihrer Ablehnung hauptsächlich gegen Zwang und zusätzliche Regulierungen aus. In diese Motivkategorie entfiel insbesondere das Argument, dass die Konsumentinnen und Konsumenten nicht bevormundet werden sollen, d.h., dass ihnen beim Einkauf von Lebensmitteln die Wahlfreiheit gelassen werden solle. Für weitere 14 Prozent der Initiativgegnerinnen und -gegner waren intakte Handelsbeziehungen mit dem Ausland das wichtigste Motiv ihres Nein-Entscheids. Diese Kategorie beinhaltet Argumente wie «die Schweizer Standards sind im Ausland nicht durchsetzbar», «für den Freihandel» oder «unsere internationalen Vereinbarungen dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden».

Elf Prozent der Fair-Food-Gegnerinnen und -Gegner gaben an, die Vorlage primär deshalb abgelehnt zu haben, weil sie gegen weitere Staatseingriffe in der Landwirtschaft sind und die Umsetzung der Initiative zu mehr Bürokratie geführt hätte.¹⁷ Neben allgemeinen Argumenten ohne inhaltlichen Bezug kam auch Empfehlungen eine relativ grosse Bedeutung zu: Eine(r) von zehn Ablehnenden orientierte sich beim Entscheid an einer Empfehlung eines politischen Akteurs (z.B. Bundesrat, Parteien und Verbände) oder einer nahestehenden Person. Die Hälfte aller Befragten in dieser Kategorie gaben an, die Nein-Parole von Bundesrat und Parlament umgesetzt zu haben. Auch hier sind sprachregional markante Unterschiede feststellbar: Während sich in der Deutschschweiz nur sieben Prozent der Nein-Stimmenden hauptsächlich auf Empfehlungen verliessen, war dieser Anteil in der Romandie (17%) und in der italienischsprachigen Schweiz (20%) mehr als doppelt so hoch. Letztlich war der Anteil derer, die keinen Grund für ihren Stimmentscheid nennen konnten, mit neun Prozent gleich hoch wie unter den Befürwortenden der Fair-Food-Initiative.

Tabelle 5-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Verteuerung der Lebensmittel	16	79	24	121
Unnötig (Initiativforderung bereits erfüllt, Schweiz macht schon genug für umweltfreundliche Lebensmittel, das muss nicht in die Verfassung, etc.)	15	75	19	95
Gegen Zwang und Regulierungen (insb. gegen Bevormundung der Konsumentinnen und Konsumenten)	14	70	19	97
Handel mit Ausland (Schweizer Standards im Ausland nicht durchsetzbar, für den Freihandel, internationale Vereinbarungen nicht aufs Spiel setzen, etc.)	14	68	21	105
Gegen Staatseingriffe und Bürokratie	11	53	14	69
Allgemeines (geht nicht, zu radikal, etc.)	10	50	12	60
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, andere)	10	48	11	54
Diverse Motive	1	7	2	9
Verwechslung	<1	3	1	6
Weiss nicht / keine Antwort	9	46	9	46
Total	100	499	132	661

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

¹⁷ Allerdings spielte dieses Motiv für Nein-Stimmende in der Westschweiz und in der italienischsprachigen Schweiz praktisch keine Rolle. Es wurde nur von vier bzw. zwei Prozent als Hauptgrund genannt. Demgegenüber nannten es in der Deutschschweiz zwölf Prozent als Hauptmotiv ihrer Ablehnung.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden je drei Pro- und Kontra-Argumente zur Fair-Food-Initiative vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 5-5). Die Analyse zeigt, dass sämtliche abgefragten **Pro-Argumente** nicht nur unter allen Abstimmungsteilnehmenden eine deutliche Mehrheit fanden, sondern sogar unter denjenigen, die ein Nein in die Urne gelegt hatten. Obwohl die Fair-Food-Initiative mit einem Nein-Stimmenanteil von 61.3 Prozent deutlich abgelehnt wurde, stiessen die Kernanliegen der Initiative bei den Stimmenden auf überaus grossen Zuspruch.

Die Forderung nach einem grösseren Angebot an regional produzierten Lebensmitteln unterstützten insgesamt vier Fünftel aller befragten Urnengängerinnen und -gänger. Neben einer Zustimmung von 92 Prozent unter den Ja-Stimmenden, verliehen auch 71 Prozent der Initiativgegnerinnen und -gegner dieser Forderung Nachdruck. Dem Argument, wonach für landwirtschaftliche Importprodukte die gleichen sozialen und ökologischen Anforderungen gelten sollen wie für Lebensmittel, die in der Schweiz produziert werden, stimmten die Initiativbefürwortenden praktisch unisono zu (94%). Darüber hinaus waren auch zwei Drittel der Nein-Stimmenden dieser Ansicht. Auf etwas weniger, aber immer noch mehrheitlichen Zuspruch stiess die Forderung nach einem Verbot von Fleisch und Eiern aus Massentierhaltung, und zwar sowohl im Ja- als auch im Nein-Lager (87 bzw. 61% Zustimmung).

Über das ganze Links-Rechts-Spektrum, in allen Parteienanhängerschaften und Sprachregionen sowie in sämtlichen Alters-, Einkommens- und Bildungsklassen unterstützte eine Mehrheit der Stimmenden die drei abgefragten Pro-Argumente. Allerdings nahm die Zustimmung zu den Pro-Argumenten von links nach rechts tendenziell ab.¹⁸ In der lateinischen Schweiz verzeichneten die Pro-Argumente ausserdem höhere Zustimmungswerte als in der Deutschschweiz.

Warum wurde die Fair-Food-Initiative abgelehnt, wenn deren Kernanliegen in allen untersuchten Merkmalsgruppen von einer (meist deutlichen) Mehrheit unterstützt wurden? Aufschluss über diese Frage liefert eine genauere Analyse der im vorangegangenen Kapitel diskutierten Motive des Stimmentscheids. Vergleicht man die Nein-Stimmenden, welche die Pro-Argumente der Initiative ablehnten, mit denjenigen, die ihnen zustimmten, kommt man zu folgendem Befund: Als Hauptgrund des Nein-Entscheids dominierte bei denjenigen, welche die Pro-Argumente *ablehnten*, das Motiv, die Fair-Food-Initiative sei unnötig, da die Schweiz bezüglich umwelt- und sozialverträglichen Produkte genug mache bzw. die Initiativforderungen bereits erfüllt seien. Dieses Motiv wurde von Nein-Stimmenden, die den Pro-Argumenten der Initiative *zustimmten*, seltener genannt. In dieser Gruppe rangierte die Sorge vor steigenden Lebensmittelpreisen an erster Stelle der Ablehnungsgründe. Im Vergleich zur ersten Gruppe wurde in letzterer spontan auch die schwierige Umsetzung der Initiative im Ausland (vgl. Kategorie «Handel mit Ausland» in Tabelle 5-4) häufiger als Nein-Motiv genannt.

Das Nein zur Fair-Food-Initiative war demzufolge kein Votum gegen die Anliegen der Initiantinnen und Initianten. Im Gegenteil: Diese stiessen sogar bei einer Mehrheit der Nein-Stimmenden auf breite Unterstützung. Das Volksbegehren scheiterte vielmehr deshalb, weil bei den Stimmenden die Sorge vor steigenden Lebensmittelpreisen und Zweifel an der Praktikabilität bei der Umsetzung der Vorlage überwogen.

¹⁸ Während sich politisch linksausser verortende Stimmende zu 95 Prozent dafür aussprachen, dass landwirtschaftliche Importe die gleichen Standards wie Schweizer Produkte erfüllen müssen, waren es unter rechtsausser stehenden Stimmenden noch 62 Prozent. Gleichsam widerspiegelt sich dieser Trend, wenn man die Anhängerschaften verschiedener Parteien miteinander vergleicht. Unter Anhängerinnen und Anhängern der Grünen sprachen sich rekordhohe 98 Prozent für ein Verbot von Fleisch und Eiern aus Massentierhaltung aus. Am geringsten war die Zustimmung zu diesem Argument unter Sympathisierenden der SVP, wobei aber immerhin die Hälfte dafür war.

Tabelle 5-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Es braucht noch mehr regional produzierte Lebensmittel in unseren Läden.“	Total	79	20	1
	Ja-Stimmende	92	7	0
	Nein-Stimmende	71	28	1
„Für landwirtschaftliche Importprodukte müssen die gleichen sozialen und ökologischen Anforderungen gelten wie für Lebensmittel aus Schweizer Produktion.“	Total	76	22	2
	Ja-Stimmende	94	5	1
	Nein-Stimmende	65	33	2
„Fleisch und Eier aus Massentierhaltung müssen verboten werden.“	Total	71	27	2
	Ja-Stimmende	87	11	2
	Nein-Stimmende	61	37	1
Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten sind mündig. Man soll sie nicht zwingen, sozial- und umweltverträgliche Lebensmittel zu kaufen.“	Total	66	32	2
	Ja-Stimmende	34	64	2
	Nein-Stimmende	86	11	2
„Die Lebensmittel sind in der Schweiz jetzt schon teurer als im Ausland. Man muss verhindern, dass die Preisunterschiede zunehmen.“	Total	64	34	3
	Ja-Stimmende	39	57	4
	Nein-Stimmende	79	19	2
„Die Initiative ist unnötig, weil bei der Lebensmittelproduktion schon heute strenge Anforderungen zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt gelten.“	Total	59	38	3
	Ja-Stimmende	18	79	3
	Nein-Stimmende	85	12	2

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 79% aller Stimmenden (sowie 92% aller Ja-Stimmenden bzw. 71% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach es noch mehr regional produzierte Lebensmittel in unseren Läden brauche, bei. 20% aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 1% antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 830, Ja-Stimmende 331, Nein-Stimmende 499.

Im Gegensatz zu den Pro-Argumenten polarisierten die den Abstimmungsteilnehmenden vorgelegten **Kontra-Argumente** zwischen den Ja- und Nein-Stimmenden in höherem Masse. Zwei Drittel aller Stimmenden pflichteten dem Argument bei, wonach man die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten nicht zwingen soll, sozial- und umweltverträgliche Lebensmittel zu kaufen. Gegen eine solche Bevormundung war auch eine(r) von drei Initiativbefürwortenden. Die grösste Zustimmung erfuhr das Argument bei Sympathisierenden der CVP und der SVP (je 83% dafür), während es die Grünen-Anhängerschaft zu 72 Prozent ablehnte. In dieser Frage gespalten waren Stimmende, die mit der SP sympathisieren (50% dagegen, 48% dafür, 2% weiss nicht).

Eines der Hauptargumente der Initiativgegnerinnen und -gegner war, dass die Preisunterschiede bei Lebensmitteln zwischen dem In- und dem Ausland bei einer Annahme der Vorlage weiter zunehmen würden. Vier von fünf Nein-Stimmenden sprachen sich dafür aus, dass eine solche Verteuerung der Lebensmittel verhindert werden müsse. Ein gewisses Gehör fand dieses Argument auch unter Initiativbefürwortenden: So unterstützten es zwei Fünftel aller Ja-Stimmenden. Die befragten Abstimmungsteilnehmenden erklärten sich eher mit dem Kontra-Argument einverstanden, je weiter rechts sie sich auf der politischen Links-Rechts-Skala positionierten. Eine Mehrheit fand das Argument aber auch in der SP-Anhängerschaft, bei Sympathisierenden der Mitteparteien und Personen ohne Parteibindung.

Den stärksten Einfluss auf den Stimmentscheid hatte das Argument, wonach bei der Lebensmittelproduktion schon heute strenge Anforderungen zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt gelten und die Initiative daher unnötig sei. Dieses Kontra-Argument spaltete die Ja- und Nein-Stimmenden: Während vier von fünf Initiativbefürwortenden das Argument ablehnten, pflichteten ihm 85 Prozent der Nein-Stimmenden bei. Links der politischen Mitte wurde das Argument von den Abstimmungsteilnehmenden abgelehnt, rechts dagegen klar angenommen. Keine Mehrheit fand es sodann unter Sympathisierenden der Grünen, SP und GLP, während ihm die Anhängerschaften von CVP, FDP und SVP deutlich zustimmten. Dass die vier Westschweizer Kantone Waadt, Neuenburg, Genf und Jura die Fair-Food-Initiative annahmen, liegt unter anderem daran, dass in der Romandie eine Mehrheit von 56 Prozent der Meinung ist, dass die heute geltenden Anforderungen zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt nicht ausreichen. In der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz empfanden hingegen 64 bzw. 77 Prozent der Stimmenden die geltenden sozialen und ökologischen Standards bei der Lebensmittelproduktion als ausreichend.

6. Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»

Die Ausgangslage

Die eidgenössische Volksinitiative für Ernährungssouveränität forderte einen Richtungswechsel in der Schweizer Landwirtschaftspolitik. Das von der Westschweizer Bauerngewerkschaft Uniterre und 70 weiteren Organisationen lancierte Begehren verlangte mittels einer Reihe von Massnahmen eine aktivere Rolle des Bundes zu Gunsten des einheimischen Agrarsektors. Der ausführliche Initiativtext sah unter anderem die Erhaltung von Kulturlandflächen, eine Erhöhung der Anzahl in der Landwirtschaft tätiger Personen, ein Verbot von genetisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft und die Erhebung von Zöllen auf Importe vor, die nicht nach sozialen und ökologischen Bedingungen der Schweiz produziert werden.

Auf Antrag der Landesregierung sprach sich das Parlament gegen die Volksinitiative aus. Nachdem im Nationalrat ein Gegenvorschlag unterlag, wurde die Initiative mit 146 zu 23 Stimmen verworfen. Die Initiative konnte nur auf die Unterstützung der Grünen und eines Teils der SP-Fraktion zählen. Im Ständerat fiel das Verdikt mit 37 zu einer Stimme noch deutlicher aus. Einzig der Vertreter der Grünen brach eine Lanze für das Begehren.

Im Wesentlichen empfahlen die Bürgerlichen (SVP, FDP, CVP und BDP), die Mitteparteien (GLP und EVP) sowie die grossen Wirtschaftsverbände (Economiesuisse und Schweizerischer Gewerbeverband) die Volksinitiative für Ernährungssouveränität zur Ablehnung.¹⁹ Im Gegensatz dazu fassten die linken Parteien (SP, Grüne und PdA) die Ja-Parole.²⁰ Der Schweizerische Bauernverband und der Schweizerische Gewerkschaftsbund beschlossen ihrerseits Stimmfreigabe.

In der öffentlichen Debatte stand die Vorlage im Schatten der Fair-Food-Initiative.²¹ Die Volksinitiative für Ernährungssouveränität wurde deutlich abgelehnt. Am 23. September erreichte die Zustimmung lediglich 31.6 Prozent. Auf einige Gegenliebe stiess die Vorlage jedoch in der Romandie. In den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Jura wurden denn auch Ja-Mehrheiten registriert.

Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Bevor die Determinanten des Stimmverhaltens bei der Volksinitiative für Ernährungssouveränität behandelt werden, sei darauf hingewiesen, dass beinahe neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern identisch stimmten wie bei der Fair-Food-Initiative (89%). Beinahe 60 Prozent legten ein doppeltes Nein ein, während 29 Prozent beide Vorlagen befürworteten. Die übrigen Partizipierenden nahmen eine Differenzierung vor, wobei eine Annahme der Fair-Food-Initiative bei gleichzeitiger Ablehnung der Ernährungssouveränität häufiger vorkam (9%) als umgekehrt (3%).

¹⁹ Allerdings unterstützten im Kanton Genf sowohl die CVP als auch die BDP die Volksinitiative.

²⁰ Auf linker Seite wichen verschiedene Sektionen von ihrer Mutterpartei ab. So sprachen sich die Sozialdemokraten der Kantone Luzern, Uri, Graubünden und beider Basel sowie die Grünen der Kantone Glarus und Graubünden gegen die Initiative aus.

²¹ Vgl. dazu den Abstimmungsmonitor des Forschungsinstituts Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) zur Medienresonanz (Quelle: https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:75a1cdcc-b4cb-40cb-ba4b-c803a4740a40/Abstimmungsmonitor_September_2018.pdf).

Wie der Tabelle 6-1 entnommen werden kann, waren zur Erklärung des Stimmentscheids zur Initiative für Ernährungssouveränität zwei soziodemographische Merkmale relevant. Erstens zeigt sich hinsichtlich des Erwerbsstatus, dass Rentnerinnen und Rentner der Vorlage besonders kritisch gegenüberstanden. In der Tat schrieben drei von vier Rentnerinnen und Rentnern ein Nein auf den Stimmzettel.²² Zweitens lassen sich geschlechterspezifische Unterschiede dokumentieren. Die Vorlage erfuhr von den Frauen (36%) eine leicht grössere Unterstützung als von den Männern (28%). Dieser *gender gap* könnte mit dem Inhalt der Vorlage in Zusammenhang stehen. Die Erfahrung zeigt, dass Frauen Staatseingriffe und ökologische Anliegen eher befürworten als Männer. Im Fall der Initiative für Ernährungssouveränität standen beide Aspekte im Zentrum.

Tabelle 6-1: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Stichprobenfehler
Total	32	786	
Erwerbsstatus			V = 0.14*
Selbständig	40	61	+/-12.4
Angestellt	35	337	+/-5.1
Andere Erwerbspersonen	11	17	+/-15.4
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	45	31	+/-17.8
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	26	301	+/-4.9
Hausfrau/Hausmann	24	31	+/-15.3
Andere Nicht-Erwerbspersonen	32	8	+/-34.6
Geschlecht			V = 0.08*
Männer	28	425	+/-4.3
Frauen	36	361	+/-5.0

Was die politischen Merkmale anbelangt, lässt sich zunächst festhalten, dass der Stimmentscheid stark von der Parteiidentifikation abhing. Deutlich war die Ablehnung bei der Anhängerschaft der bürgerlichen Parteien. Dennoch lassen sich aussagekräftige Unterschiede erkennen. So lehnten die Sympathisierenden der FDP (92%) die Vorlage in weit höherem Masse ab als jene der CVP (76%). Ausserdem ist festzustellen, dass die Basis der Grünliberalen die Vorlage in ähnlichen Proportionen verwarf wie jene der CVP. Wie aufgrund der Parteiparolen erwartet werden konnte, fiel auf der linken Seite des politischen Spektrums die Zustimmung weit höher aus. Die Anhängerschaft der SP war jedoch gespalten - der Ja-Anteil betrug im Durchschnitt 55 Prozent. Eine statistisch signifikante Mehrheit erreichte die Volksinitiative für Ernährungssouveränität einzig bei den Grünen. Rund sieben von zehn ihrer Anhängerinnen und Anhänger stimmten der Volksinitiative zu.

Somit vermag es nicht zu überraschen, dass auch auf der Links-Rechts-Achse markante Diskrepanzen zum Vorschein kommen. Die Volksinitiative wurde rechts (87%) sowie rechtsausen (85%) wuchtig und in der Mitte (77%) deutlich verworfen. Links und vor allem linksausen stiess sie dagegen auf viel mehr Gehör. Die entsprechenden Ja-Anteile betragen 49 und 71 Prozent.

²² In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass im Unterschied zur Fair-Food-Initiative das Alter keinen signifikanten Einfluss auf den Stimmentscheid ausübte. Ebenfalls als negativ signifikant erweist sich die Restkategorie der Erwerbstätigen.

Tabelle 6-2: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	32	786	
Parteisympathie			V = 0.42***
FDP	8	171	+/-4.2
CVP	24	73	+/-9.9
SP	55	142	+/-8.2
SVP	18	97	+/-7.6
GLP	27	51	+/-12.2
Grüne	71	61	+/-11.4
andere Partei	31	58	+/-12.0
keine	29	127	+/-7.9
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.41***
Links aussen (0-2)	71	72	+/-10.6
Links (3,4)	49	162	+/-7.7
Mitte (5)	23	273	+/-5.0
Rechts (6,7)	13	180	+/-5.0
Rechts aussen (8-10)	15	77	+/-8.0
Wertehaltung: Umweltschutz vs. wirtschaftlicher Wohlstand			V = 0.28***
Umweltschutz wichtiger	46	377	+/-5.0
Gemischte Wertehaltung	20	298	+/-4.5
Wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	21	75	+/-9.3
Wertehaltung: Staatseingriffe vs. Wettbewerb			V = 0.28***
Mehr Staatseingriffe	53	161	+/-7.7
Gemischte Wertehaltung	33	307	+/-5.3
Mehr Wettbewerb	18	261	+/-4.6

Beim Stimmverhalten spielten ausserdem Wertehaltungen eine wichtige Rolle. Zum einen ist der Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie zu nennen. Der Ja-Anteil von jenen, die den Umweltschutz höher gewichteten als den wirtschaftlichen Wohlstand, betrug immerhin 46 Prozent. Dieser erreichte bei den restlichen Individuen nur ca. 20 Prozent. Zum anderen erwies sich die traditionelle ökonomische Konfliktlinie zwischen Staat und Markt als wesentliche Determinante. Jene Partizipierende, die Staatseingriffe in die Wirtschaft präferieren, waren tief gespalten. Der Ja-Anteil dieser Subgruppe erreichte 53 Prozent. Gering war hingegen die Zustimmung unter den Individuen, die den Wettbewerb bevorzugen, hiessen doch nur 18 Prozent die Volksinitiative gut.²³

²³ Wie bei der Fair-Food-Initiative sank die Zustimmung zur Vorlage mit steigendem Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft.

Die Motive

Wie bei den anderen beiden Vorlagen wurden die Stimmenden auch bei der Volksinitiative für Ernährungssouveränität gebeten, die wichtigsten Gründe für ihren Stimmentscheid darzulegen. Die folgenden Tabellen enthalten eine Übersicht darüber, wie häufig ein bestimmtes Motiv als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig es insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden genannt wurde (alle Nennungen).

Es fällt zunächst auf, dass die befragten Stimmenden oft den gleichen Hauptgrund der Ablehnung bzw. Annahme wie bei der Fair-Food-Initiative nannten. Ein Viertel der Personen, die bei beiden Agrarinitiativen gleich abgestimmt hatten, äusserte identische Hauptgründe für beide Stimmentscheide. Bei denjenigen, die zweimal Nein eingelegt hatten, waren dies ein bisschen mehr (26%) als bei Befürwortenden beider Initiativen (21%). Ein grosser Teil der Stimmenden differenzierte also nicht zwischen den beiden Vorlagen.

Wie bei der Fair-Food-Initiative standen bei den **Ja-Motiven** zur Volksinitiative für Ernährungssouveränität ebenfalls Aspekte zur *Umwelt und Nachhaltigkeit* an erster Stelle. Ein Viertel aller Ja-Stimmenden nannte ein diesbezügliches Motiv als Hauptgrund der Annahme und insgesamt fast die Hälfte (alle Nennungen) äusserte ein solches bei der Begründung des Stimmentscheids. Anders als bei der Fair-Food-Initiative ging es den Ja-Stimmenden in dieser Motivgruppe aber nicht primär darum, dass Lebensmittel ökologischer hergestellt werden, sondern dass sich die Distanz zwischen Konsumenten und Produzenten verringert. Demnach sollen mehr landwirtschaftliche Produkte lokal und regional hergestellt und so Transportwege verkürzt werden.

An zweiter Stelle rangierten mit 14 Prozent aller Erstnennungen Argumente zur stärkeren *Unterstützung der Schweizer Landwirtschaft*. Darunter fanden sich insbesondere Aussagen wie «das Bauernsterben muss gestoppt werden», «wir müssen unsere Bauern unterstützen», oder «die Schweizer Landwirtschaft muss geschützt werden». In der Westschweiz war dieses Motiv mit 16 Prozent gar der meistgenannte Hauptgrund, während es in der italienischsprachigen Schweiz von 13 und in der Deutschschweiz von zwölf Prozent genannt wurde.

Die Kategorie *Handelsprotektionismus* war bei der Ernährungssouveränität wichtiger als bei der Fair-Food-Initiative. Eine(r) von zehn Befürwortenden äusserte sich dahingehend, dass der landwirtschaftliche Handel mit dem Ausland etwa durch höhere Zölle eingeschränkt werden müsse, dass für Importprodukte Schweizer Produktionsstandards gelten sollen oder dass die Schweiz einen höheren Grad der Selbstversorgung erreichen solle. Eine minime Rolle für den Ja-Entscheid spielten Argumente im Zusammenhang mit *Sozialverträglichkeit und Fairness*. Obwohl gerechte Löhne für Angestellte in der Landwirtschaft und eine schweizweite Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen Hauptanliegen des Initiativkomitees waren, wurden diesbezügliche Motive nur von einem Bruchteil der Ja-Stimmenden als Begründung für die Annahme der Vorlage genannt (4% der Erstnennungen bzw. 8% aller Nennungen). Fast ein Viertel der Befürwortenden vermochte den Stimmentscheid nicht zu begründen, was im Vergleich zur Fair-Food-Initiative ein mehr als doppelt so hoher Anteil ist (9%). Dies ist ein Hinweis darauf, dass viele Ja-Stimmende weniger genau wussten als bei der Fair-Food-Initiative, worum es bei der Ernährungssouveränitäts-Vorlage im Detail ging, und ihren Entscheid wohl oft aufgrund ihrer Zustimmung zur Fair-Food-Initiative trafen. Dies legt den Schluss nahe, dass die Initiative für Ernährungssouveränität im Schatten der Fair-Food-Initiative stand.

Tabelle 6-3: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Umwelt und Nachhaltigkeit	25		45	
Förderung lokaler Lebensmittel	12	32	21	55
Für kleinbäuerliche Landwirtschaft	3	8	5	13
Anderer Bezug zur Umwelt (für Gentechnik-Verbot in der Landwirtschaft, mehr umweltfreundliche Produkte, etc.)	10	25	19	49
Unterstützung der Schweizer Landwirtschaft	14	35	18	47
Handelsprotektionismus (Abhängigkeit vom Ausland reduzieren, Schweizer Standards für Importprodukte, gegen den Freihandel, etc.)	10	26	13	34
Sozialverträglichkeit und Fairness	4	11	8	22
Gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel	3	7	7	18
Allgemeines (man muss etwas tun, gute Sache, etc.)	10	25	12	31
Diverse Motive	3	8	4	11
Empfehlungen (Parteien, Verbände, andere)	6	15	7	19
Verwechslungen	2	6	3	7
Weiss nicht / keine Antwort	23	61	23	61
Total	100	261	140	366

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Die **Nein-Motive** der Stimmenden, welche das Volksbegehren zur Ernährungssouveränität abgelehnt hatten, sind in der Tabelle 6-4 zusammengefasst. Hier dominierten andere Entscheidungsgründe als bei der Ablehnung der Fair-Food-Initiative. Primär sprachen sich die Initiativgegnerinnen und -gegner für den landwirtschaftlichen *Handel mit dem Ausland* aus. 18 Prozent der Erstnennungen und fast ein Viertel aller Nennungen entfielen auf diese Motivgruppe. Am häufigsten wurden hierbei Argumente genannt, wonach das Angebot an Nahrungsmitteln nicht eingeschränkt werden dürfe und weiterhin landwirtschaftliche Güter aus dem Ausland importiert werden sollen (7% der Erstnennungen bzw. 9% aller Nennungen). Ausserdem erschien die Initiative vielen Nein-Stimmenden als nicht praktikabel. Die in der Schweiz geltenden sozialen und ethischen Standards bei der Lebensmittelproduktion seien im Ausland schlicht nicht durchsetzbar.

An zweiter Stelle der Ablehnungsgründe rangierten Motive gegen Staatseingriffe in der Landwirtschaft und gegen eine zunehmende Bürokratie. Hierbei handelte es sich insbesondere um eine Ablehnung weiterer Subventionen in der Landwirtschaft, die Forderung, dass sich der Staat raushalten solle, sowie die Angst, vor einem wachsenden administrativen Aufwand zur Bewerkstelligung der Kontrolle von landwirtschaftlichen Importen. Von 15 Prozent der Nein-Stimmenden wurde ein solches Motiv zuerst und von einem Fünftel als eines unter weiteren Motiven genannt.

Dass die Initiativforderungen bereits erfüllt seien und demnach keines zusätzlichen Verfassungsartikels bedürften, nannten zwölf Prozent als Hauptgrund ihrer Nein-Stimme. Damit war dieses Motiv im Vergleich zur Fair-Food-Initiative zwar etwas weniger prominent unter den Ablehnungsgründen vertreten, wurde aber immerhin am dritthäufigsten von den Nein-Stimmenden genannt. Mit je sieben Prozent der Erstnennungen waren auch die Ablehnung von Zwang und Regulierungen sowie die Befürchtung vor steigenden Lebensmittelpreisen etwas seltener unter den Nein-Motiven zur Ernährungssouveränität als unter denjenigen zur Fair-Food-Initiative vertreten. Nach eigenem Bekunden machten Stimmempfehlungen bei neun Prozent der Gegnerinnen und Gegner der Ernährungssouveränität den Hauptgrund ihres ablehnenden Votums aus. Wie bei der Fair-Food-Initiative folgten wiederum deutlich mehr italienisch- und französischsprachige Nein-Stimmende solchen Empfehlungen (17 bzw. 16%) als deutschsprachige (8%). Der Anteil derjenigen, die nicht wussten, warum sie bei der Ernährungssouveränität Nein gestimmt hatten bzw. keine Antwort auf diese Frage gaben, war mit 17 Prozent relativ hoch. Zusammen mit dem ebenfalls hohen Anteil von 23 Prozent «weiss nicht / keine Antwort» bei den Ja-Motiven kann dies als Indiz dafür gewertet werden, dass die Stimmenden bei der Ernährungssouveränität im Vergleich zur Fair-Food-Vorlage ihren Stimmentscheid seltener aufgrund substantieller Überlegungen fällten.

Was die substantiellen Motive anbelangt, wird deutlich, dass die Fair-Food-Initiative vor allem wegen der Angst vor steigenden Lebensmittelpreisen, die Initiative für Ernährungssouveränität dagegen primär aufgrund positiver Einstellungen gegenüber dem Handel mit dem Ausland abgelehnt wurde.

Tabelle 6-4: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Handel mit Ausland	18		23	
Gegen Einschränkung des Angebots / für Importprodukte	7	38	9	47
Schweizer Standards im Ausland nicht durchsetzbar	5	27	7	37
Anderer Bezug zum Handel mit Ausland (für den Freihandel, internationale Vereinbarungen nicht aufs Spiel setzen, etc.)	6	30	7	39
Gegen Staatseingriffe und Bürokratie	15	77	19	100
Unnötig (Initiativforderung bereits erfüllt, Schweiz produziert genügend Lebensmittel im Inland, muss nicht in die Verfassung, etc.)	12	64	15	78
Gegen Zwang und Regulierungen (insb. gegen Bevormundung der Konsumentinnen und Konsumenten)	7	38	13	66
Verteuerung der Lebensmittel	7	38	11	56
Allgemeines (geht nicht, zu radikal, etc.)	13	68	16	83
Empfehlungen (Bundesrat, Parteien, andere)	9	49	11	59
Diverse Motive	<1	3	<1	4
Verwechslung	<1	4	2	8
Weiss nicht / keine Antwort	17	89	17	89
Total	100	524	127	665

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen gefragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb hier höher als 100 Prozent.

Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Die befragten Abstimmungsteilnehmenden wurden gebeten, ihre Haltung zu je drei Pro- und Kontra-Argumenten zur Volksinitiative für Ernährungssouveränität kundzutun. Tabelle 6-5 zeigt auf, wie stark diese Argumente bei den Stimmenden insgesamt sowie bei den Ja- und Nein-Stimmenden auf Anklang gestossen sind.

Als einziges der abgefragten **Pro-Argumente** überzeugte die Forderung, die Schweizer Landwirtschaft solle auf den Einsatz von Gentechnik verzichten, eine Mehrheit der Stimmenden. Vier von fünf Urnengängerinnen und -gängern stimmten diesem Argument zu. Es übte überdies von allen Argumenten den stärksten Einfluss auf den Stimmentscheid aus. Unter den Ja-Stimmenden herrschte praktisch Einigkeit: 92 Prozent wollen ein Gentech-Verbot in der Landwirtschaft. Die Initiativforderung wurde aber auch von einer deutlichen Mehrheit derjenigen unterstützt, die Nein zur Ernährungssouveränität sagten. Während in der Deutschschweiz drei Viertel aller Stimmenden den Gebrauch von Gentechnik in der Landwirtschaft ablehnen, sind es in der Romandie und in der italienischsprachigen Schweiz sogar 85 Prozent. Dieses Anliegen findet von links bis rechts klare Mehrheiten. Am stärksten für ein Gentech-Verbot äusserten sich Sympathisierende der GLP und der Grünen mit 87 Prozent, wohingegen die tiefsten Zustimmungswerte in der FDP-Anhängerschaft zu finden waren. Allerdings stimmten FDP-Sympathisierende dem Argument zu 65 Prozent zu.

Das Argument, wonach der Bund der Landwirtschaft stärker unter die Arme greifen müsse, spaltete die Stimmenden in zwei etwa gleich grosse Lager. Insgesamt war rund die Hälfte der befragten Abstimmungsteilnehmenden dafür (49%), die andere Hälfte dagegen (48%). Während sich bei den Ja-Stimmenden knapp drei Viertel für mehr staatliche Unterstützung der Landwirtschaft aussprachen, stellten sich bei den Nein-Stimmenden 60 Prozent dagegen. Die Analyse dieses Pro-Arguments fördert einen eindeutigen sprachregionalen Unterschied zutage: In der Romandie und in der italienischsprachigen Schweiz forderten 79 Prozent eine grössere staatliche Unterstützung der Landwirtschaft. Dagegen erklärten sich in der Deutschschweiz weniger als halb so viele mit dem Argument einverstanden (38%).

Mit zunehmender Bildung und steigendem Einkommen nimmt die Zustimmung zu diesem Argument ab. Personen, die sich selbst an den Polen (links- und rechtsausser) oder in der Mitte des politischen Spektrums verorten, stimmten dem Argument mehrheitlich zu. Zwischen den Polen und der Mitte, d.h. bei Stimmenden, die sich als «links» und als «rechts» einstufen, stiess das Argument dagegen auf mehrheitliche Ablehnung. Sympathisierende der GLP und FDP waren mehrheitlich gegen eine stärkere Unterstützung der Landwirtschaft durch den Bund (65 bzw. 59 Prozent dagegen), die Anhängerschaften der Grünen und CVP sprachen sich dafür aus (65 bzw. 58 Prozent dafür). Grosse Uneinigkeit herrschte unter Personen, die sich mit der SP oder der SVP identifizieren: Ebenso viele sprachen sich für und gegen das Argument aus.

Am wenigsten Anklang fand das Pro-Argument, wonach der Handel mit dem Ausland zum Schutz der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion eingeschränkt werden müsse. Insgesamt erklärten sich 42 Prozent damit einverstanden, 54 Prozent lehnten es ab. Dieses Argument spaltete die Ja- und die Nein-Stimmenden relativ deutlich. Knapp zwei Drittel der Ja-Stimmenden äusserten sich für eine Einschränkung des Handels mit dem Ausland, ein Drittel lehnte eine solche ab. Bei den Nein-Stimmenden war dies gerade umgekehrt. Eine Mehrheit für dieses Pro-Argument fand sich insbesondere in der lateinischen Schweiz (54% dafür) sowie in den untersten Bildungs- und Einkommensschichten (je 52%). Ähnlich wie bei vorherigem Argument stiess die Forderung nach einer Einschränkung des Handels mit dem Ausland bei Personen, die sich an den Polen und in der Mitte des politischen Links-Rechts-Spektrums positionieren, auf den grössten – nicht aber auf mehrheitlichen – Zuspruch.

Tabelle 6-5: Anklang der Pro- und Kontra-Argumente (in % der Stimmenden)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Die Schweizer Landwirtschaft soll gentechnikfrei produzieren.“	Total	78	20	2
	Ja-Stimmende	92	8	0
	Nein-Stimmende	71	25	3
„In den letzten Jahren sind viele Bauernhöfe verschwunden. Der Bund muss der Landwirtschaft stärker unter die Arme greifen.“	Total	49	48	3
	Ja-Stimmende	73	24	4
	Nein-Stimmende	38	60	2
„Die einheimische landwirtschaftliche Produktion braucht mehr Schutz vor Importen. Der Handel mit dem Ausland muss eingeschränkt werden.“	Total	42	54	4
	Ja-Stimmende	62	32	6
	Nein-Stimmende	32	65	3
Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht
„Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Ausland. Handelsvereinbarungen mit dem Ausland sollten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.“	Total	75	19	7
	Ja-Stimmende	56	36	8
	Nein-Stimmende	83	10	6
„Die Auswahl an Lebensmitteln darf nicht durch eine Abschottung der Schweizer Landwirtschaft eingeschränkt werden.“	Total	70	23	7
	Ja-Stimmende	49	40	11
	Nein-Stimmende	80	15	6
„Der Staat soll nicht noch mehr in die Landwirtschaft eingreifen.“	Total	63	30	6
	Ja-Stimmende	37	53	10
	Nein-Stimmende	75	20	5

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 78% aller Stimmenden (sowie 92% aller Ja-Stimmenden bzw. 71% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument, wonach die Schweizer Landwirtschaft gentechnikfrei produzieren solle, bei 20% aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 2% antworteten mit «Weiss nicht». Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. N für alle Argumente Total 786, Ja-Stimmende 261, Nein-Stimmende 525.

Wie dies bei den Pro-Argumenten der Fall war, gab es auch bei den **Kontra-Argumenten** eines, das in *beiden* politischen Lagern überwiegend Zustimmung erfuhr. Insgesamt unterstützten drei Viertel aller Stimmenden das Anliegen, Handelsvereinbarungen mit dem Ausland nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Während 83 Prozent der Nein-Stimmenden diesem Argument beipflichteten, waren es unter Befürworterinnen und Befürwortern der Ernährungssouveränität eine knappe Mehrheit von 56 Prozent. Markante Unterschiede in der Zustimmung zu diesem Kontra-Argument sind politischen Einstellungen geschuldet. Linksaussen fand das Argument den geringsten Zuspruch (51%) wohingegen Stimmende, die sich in der politischen Mitte oder rechts davon positionieren, klar dafür aussprachen, Handelsvereinbarungen nicht aufs Spiel setzen zu wollen (79 bzw. 83%). Einzig in der Grünen-Anhängerschaft, in der die Meinungen diesbezüglich gespalten waren, fand das Argument keine Mehrheit (48% Zustimmung). Am deutlichsten gegen eine Gefährdung der internationalen Handelsvereinbarungen stellten sich Sympathisierende der FDP (91%) und der GLP (85%).

Sieben von zehn Abstimmungsteilnehmenden stimmten dem Argument zu, wonach die Auswahl an Lebensmitteln nicht eingeschränkt werden dürfe. Während im Nein-Lager die Meinungen klar gemacht waren – vier Fünftel unterstützten dieses Anliegen –, war knapp die Hälfte der Ja-Stimmenden ebenfalls damit einverstanden. Nur zwei von fünf Befürwortenden der Volksinitiative für Ernährungssouveränität erklärten sich nicht mit dem Argument einverstanden und einer von zehn vermochte sich nicht dazu zu äussern, was gleichzeitig der höchste Wert der «Weiss nicht»-Antworten zu den Argumente-Fragen darstellte. Ausser bei den Grünen (36% Zustimmung) pflichtete in allen Parteienhangerschaften eine Mehrheit diesem Kontra-Argument bei.

Mit dem Kontra-Argument, wonach der Staat nicht noch mehr in die Landwirtschaft eingreifen solle, erklärten sich insgesamt 63 Prozent einverstanden. Unter Befürwortenden der Ernährungssouveränität war eine knappe Mehrheit dagegen (53%), während drei Viertel der Initiativgegnerinnen und -gegner dem Argument zustimmten. Sprachregional variierte die Zustimmung zum Argument ebenfalls. Nicht damit einverstanden war eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der italienischsprachigen Stimmenden. In der Romandie sprachen sich 43 Prozent dagegen und 49 Prozent dafür aus. Deutlicher waren die Verhältnisse in der Deutschschweiz, wo etwas mehr als zwei Drittel die Forderung, dass der Staat nicht noch mehr in die Landwirtschaft eingreifen solle, unterstützten. Diese Unterstützung war von einem klaren Links-Rechts-Gegensatz geprägt: Je weiter links sich eine Person verortet, desto eher war sie gegen das Argument («links aussen»: 55% Ablehnung), je weiter rechts sie steht, desto eher stimmte sie ihm zu («rechts aussen»: 76% Zustimmung). Wiederum als einzige Parteienhangerschaft lehnten die Sympathisierenden der Grünen das Kontra-Argument zu 64 Prozent ab. Am meisten Zuspruch fand es unter Anhängern der GLP (81%) und der CVP (79%). Kopfzerbrechen bereitete das Argument innerhalb der SP-Anhängerschaft: Fast die Hälfte pflichtete ihm bei, 39 Prozent sprachen sich dagegen aus und zwölf Prozent wussten keine Antwort darauf.

Anhang

Die vorliegende Analyse beruht auf der VOTO-Nachbefragung zum eidgenössischen Urnengang vom 23. September 2018, welche im Auftrag der Bundeskanzlei vom Forschungszentrum FORS in Lausanne, dem Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und dem Forschungsinstitut LINK durchgeführt wurde. Verantwortlich für die Entwicklung und Übersetzung des Fragebogens waren FORS und das ZDA gemeinsam. Durchgeführt wurde die Befragung zwischen dem 25. September und dem 15. Oktober 2018 von LINK. Für die Datenanalyse und den Bericht war FORS unter der Mitarbeit des Zentrums für Demokratie Aarau zuständig.

Die Datenerhebung

Der Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS) bildete den Auswahlrahmen für die vorliegende Erhebung. Das SRPH baut auf den amtlichen Personenregistern auf, deren Daten im Rahmen des neuen Volkszählungssystems an das BFS geliefert und quartalsweise aufdatiert werden. Dadurch wird eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet. Die Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberechtigten wurde anschliessend in drei sprachregionale Schichten unterteilt, aus denen jeweils voneinander unabhängige Zufallsstichproben gezogen wurden. Die Gesamtstichprobe schliesslich ist disproportional geschichtet. Das heisst, dass die einzelnen Stichprobenschichten nicht proportional zu ihrer Verteilung in der Grundgesamtheit ausgewählt wurden. Die italienische und die französischsprachige Schweiz sind im Gesamtsample überproportional stark vertreten. Dies deshalb, um statistisch verlässliche Aussagen zum Stimmverhalten der beiden erwähnten kleineren Sprachregionen gewährleisten zu können. Für gesamtschweizerische Auswertungen wurde deshalb stets eine entsprechende Designgewichtung verwendet (siehe dazu den Abschnitt zur Gewichtung).

Die Stichprobe umfasst insgesamt 1'502 Befragte, wovon 53 Prozent aus der Deutschschweiz (n=795), 26 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=389) und 21 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=318) stammen. Die mittlere Befragungsdauer betrug 25,5 Minuten.

Tabelle 0-1: Ausschöpfung der Adressen

	Anzahl	in %	in % gültiger Tel.nr.
Aktivierte konsolidierte Adressen (abzüglich Verstorbene, ins Ausland verzogene)	5556	100	
Unbekannt, ob zur Stichprobe gehörend (keine Telefonnummer, Nummer ungültig, Person unbekannt oder verzogen, Anrufbeantworter, Postretour, etc.)	1718	31	
Total Adressen mit gültiger Tel.nr.	3838	69	100
Nicht erreicht (non contact)	1198	22	31
Kontakt hergestellt	2640	48	69
Verweigerung, Gesundheitsprobleme, nach Kontakt nicht mehr erreicht, etc.	1138	20	30
Total Interviews	1502	27	39

Zur Struktur der Stichprobe

Die am Urnengang Teilnehmenden sind in der einzig nach Design gewichteten Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+23.0 Prozentpunkte) bewegt sich aber im gewohnten Rahmen. Die Abweichung zwischen designgewichteter Stichprobe und effektivem Resultat betrug beim materiellen Stimmentscheid zum Velobeschluss +1.2 Prozentpunkte, bei der Fair-Food-Initiative -1.6 Prozentpunkte und bei der Volksinitiative für Ernährungssouveränität -0.8 Prozentpunkte.

Zur Gewichtung

In einem ersten Schritt wurde eine Designgewichtung gebildet, um die designbedingte Verzerrung (d.h. die bewusste, disproportionale Schichtung nach Sprachregionen) zu korrigieren. In einem zweiten Schritt wurde sodann eine Non-Response-Gewichtung vorgenommen, um die nicht-zufällige Verteilung der Respondenten auszugleichen. Dabei wurden die beiden Hauptgründe für Non-Response, Nicht-Erreichbarkeit während der Feldzeit und Verweigerung nach einem Kontakt, unterschieden. Diese Unterscheidung empfiehlt sich, weil die Ursachen für die beiden Hauptgründe von Non-Response häufig entgegengesetzt sind: Nicht Erreichbare sind beruflich und sozial oft aktiv, jünger und stammen aus kleineren Haushalten. Verweigerer zeichnen sich oft durch eine geringere Aktivität aus und partizipieren politisch auch weniger. Eine aggregierte Non-Response-Gewichtung würde diesen Unterschieden nicht gerecht werden. Wir schätzten deshalb mittels einer logistischen Regression zuerst die Wahrscheinlichkeit, kontaktiert zu werden. Basierend auf dieser Schätzung wird das Kontaktgewicht (Propensity-Gewichtung) berechnet. Im zweiten Schritt wird für die Kontaktierten unter Verwendung desselben Verfahrens die Wahrscheinlichkeit geschätzt, zu kooperieren. Bei beiden Modellen werden sozio-demographische Variablen aus dem Register sowie über die Stichprobenmitglieder während der Befragung gesammelte Informationen (wie die Anzahl erfolgloser Kontaktversuche) verwendet. In die Schätzung der Kontaktierbarkeit fließt neben dem Designgewicht und der Erreichbarkeit die Information ein, ob ein Festnetztelefon vorhanden ist oder nicht. Auch die Wahrscheinlichkeit, ein Festnetztelefon zu besitzen, wird mittels einer logistischen Regression mit Hilfe der sozio-demographischen Variablen aus dem Register berechnet. Die Multiplikation von Kontakt- und Kooperationsgewicht und Normierung ergeben sodann das Non-Response-Gewicht. Im letzten Schritt wird dieses Gewicht für Respondenten noch an die tatsächliche Abstimmungsbeteiligung und den tatsächlichen Stimmentscheid angepasst (Kalibrierung).

Zur Inferenz

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. Im vorliegenden Bericht wurde jeweils das 95%-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses Intervall gibt die Bandbreite (doppelter Stichprobenfehler) an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt. Das Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler +/-3.1 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95%-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent (Konfidenzintervall) liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich indessen mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-n-Gesetz (d.h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengröße). Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Tabellen

Tabelle 0-2: Beteiligung am Urnengang vom 23. September 2018 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten (gewichtete Resultate))

Merkmale	Stimmbeteiligung (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	37	1502	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	38	759	+/-3.4
Frauen	37	743	+/-3.5
Total	37	1502	
Alter			V = 0.26***
18-29 Jahre	20	193	+/-5.6
30-39 Jahre	26	133	+/-7.5
40-49 Jahre	31	224	+/-6.1
50-59 Jahre	41	328	+/-5.3
60-69 Jahre	49	247	+/-6.2
70 Jahre und älter	55	377	+/-5.0
Total	37	1502	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.12**
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	31	339	+/-4.9
2. Quartil (3'251-4'600 CHF)	37	293	+/-5.5
3. Quartil (4'601-6'720 CHF)	45	337	+/-5.3
4. Quartil (>6'720 CHF)	45	291	+/-5.7
Total	40	1260	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.15***
Ohne nachobligatorische Bildung	26	165	+/-6.7
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	34	607	+/-3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	39	316	+/-5.4
Fachhochschule/Uni/ETH	48	407	+/-4.9
Total	38	1495	
Erwerbsstatus			V = 0.21***
Selbständig	35	121	+/-8.5
Angestellt	34	666	+/-3.6
Andere Erwerbspersonen	19	64	+/-9.7
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	27	75	+/-10.1
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	54	467	+/-4.5
Hausfrau/Hausmann	32	78	+/-10.4
Andere Nicht-Erwerbspersonen	27	29	+/-16.5
Total	37	1500	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.17***
Links aussen (0-2)	62	107	+/-9.2
Links (3,4)	46	273	+/-5.9
Mitte (5)	32	552	+/-3.9
Rechts (6,7)	39	320	+/-5.3
Rechts aussen (8-10)	36	151	+/-7.7
Total	39	1403	
Parteisympathie			V = 0.24***
FDP	45	286	+/-5.8
CVP	45	125	+/-8.7
SP	41	251	+/-6.1
SVP	31	196	+/-6.5
GLP	67	69	+/-11.2
Grüne	64	92	+/-9.9
andere Partei	43	96	+/-9.9
keine	25	344	+/-4.6
Total	38	1459	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = n.s.
sehr gering bis gering (0-4)	38	150	+/-7.8
mittel (5)	34	191	+/-6.7
hoch (6,7)	39	472	+/-4.4
sehr hoch (8-10)	38	669	+/-3.7
Total	38	1482	
Politisches Interesse			V = 0.32***
sehr interessiert	65	272	+/-5.7
eher interessiert	42	771	+/-3.5
eher nicht interessiert	21	351	+/-4.3
überhaupt nicht interessiert	14	105	+/-6.6
Total	38	1499	

Tabelle 0-3: Ja-Stimmenanteil zum Gegenentwurf zur Velo-Initiative nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	74	846	
Geschlecht			V = 0.10*
Männer	70	445	+/-4.3
Frauen	78	401	+/-4.0
Total	74	846	
Alter			V = 0.20**
18-29 Jahre	78	73	+/-9.6
30-39 Jahre	84	57	+/-9.6
40-49 Jahre	87	112	+/-6.3
50-59 Jahre	76	193	+/-6.0
60-69 Jahre	71	153	+/-7.2
70 Jahre und älter	62	258	+/-5.9
Total	74	846	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.13*
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	65	159	+/-7.4
2. Quartil (3'251-4'600 CHF)	74	171	+/-6.6
3. Quartil (4'601-6'720 CHF)	72	212	+/-6.0
4. Quartil (>6'720 CHF)	82	191	+/-5.5
Total	74	733	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.13*
Ohne nachobligatorische Bildung	75	71	+/-10.1
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	66	323	+/-5.2
Maturität/höhere Berufsbildung	78	183	+/-6.0
Fachhochschule/Uni/ETH	79	268	+/-4.9
Total	74	845	
Erwerbsstatus			V = 0.19***
Selbständig	75	66	+/-10.6
Angestellt	80	357	+/-4.2
Andere Erwerbspersonen	91	20	+/-13.1
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	89	36	+/-10.5
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	65	318	+/-5.3
Hausfrau/Hausmann	68	37	+/-15.2
Andere Nicht-Erwerbspersonen	47	12	+/-29.5
Total	74	846	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.30***
Links aussen (0-2)	92	79	+/-6.1
Links (3,4)	87	181	+/-4.9
Mitte (5)	71	288	+/-5.2
Rechts (6,7)	70	187	+/-6.6
Rechts aussen (8-10)	43	85	+/-10.6
Total	74	820	
Parteisympathie			V = 0.32***
FDP	65	177	+/-7.1
CVP	75	80	+/-9.6
SP	87	155	+/-5.3
SVP	47	101	+/-9.8
GLP	88	54	+/-8.7
Grüne	92	69	+/-6.6
andere Partei	79	62	+/-10.2
keine	71	138	+/-7.6
Total	73	836	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = 0.19***
sehr gering bis gering (0-4)	57	82	+/-10.8
mittel (5)	62	97	+/-9.7
hoch (6,7)	75	273	+/-5.1
sehr hoch (8-10)	80	384	+/-4.0
Total	74	836	
Politisches Interesse			V = 0.15**
sehr interessiert	70	211	+/-6.2
eher interessiert	79	471	+/-3.7
eher nicht interessiert	61	137	+/-8.2
überhaupt nicht interessiert	74	26	+/-17.1
Total	74	845	

Tabelle 0-4: Ja-Stimmenanteil zur Fair-Food-Initiative nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	39	830	
Geschlecht			V = n.s.
Männer	36	440	+/-4.5
Frauen	42	390	+/-4.9
Total	39	830	
Alter			V = 0.16**
18-29 Jahre	42	70	+/-11.6
30-39 Jahre	54	59	+/-12.8
40-49 Jahre	45	106	+/-9.5
50-59 Jahre	41	191	+/-7.0
60-69 Jahre	37	154	+/-7.7
70 Jahre und älter	28	250	+/-5.6
Total	39	830	
Äquivalenzeinkommen			V = n.s.
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	40	155	+/-7.7
2. Quartil (3'251-4'600 CHF)	37	170	+/-7.3
3. Quartil (4'601-6'720 CHF)	35	214	+/-6.4
4. Quartil (>6'720 CHF)	43	187	+/-7.1
Total	39	726	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = 0.11*
Ohne nachobligatorische Bildung	48	69	+/-11.9
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	33	317	+/-5.2
Maturität/höhere Berufsbildung	39	176	+/-7.2
Fachhochschule/Uni/ETH	44	267	+/-6.0
Total	39	829	
Erwerbsstatus			V = 0.18***
Selbständig	43	65	+/-12.1
Angestellt	45	352	+/-5.2
Andere Erwerbspersonen	25	18	+/-20.7
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	58	35	+/-16.6
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	29	313	+/-5.0
Hausfrau/Hausmann	30	35	+/-15.4
Andere Nicht-Erwerbspersonen	21	12	+/-24.2
Total	39	830	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.44***
Links aussen (0-2)	78	77	+/-9.3
Links (3,4)	62	176	+/-7.2
Mitte (5)	29	286	+/-5.3
Rechts (6,7)	21	188	+/-5.8
Rechts aussen (8-10)	14	81	+/-7.6
Total	38	808	
Parteisympathie			V = 0.47***
FDP	13	173	+/-5.1
CVP	22	77	+/-9.3
SP	65	151	+/-7.6
SVP	17	100	+/-7.5
GLP	42	54	+/-13.3
Grüne	83	68	+/-8.9
andere Partei	46	59	+/-12.8
keine	35	138	+/-8.0
Total	39	820	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = n.s.
sehr gering bis gering (0-4)	41	81	+/-10.8
mittel (5)	38	96	+/-9.8
hoch (6,7)	43	270	+/-5.9
sehr hoch (8-10)	35	373	+/-4.8
Total	39	820	
Politisches Interesse			V = n.s.
sehr interessiert	39	211	+/-6.6
eher interessiert	40	466	+/-4.5
eher nicht interessiert	31	129	+/-8.0
überhaupt nicht interessiert	39	23	+/-20.4
Total	39	829	

Tabelle 0-5: Ja-Stimmenanteil zur Ernährungssouveränität nach soziodemographischen und politischen Merkmalen (in % der Stimmenden (gewichtete Resultate))

Merkmale	Ja-Anteil (%)	n	Cramérs V/ Standardfehler
Total	32	786	
Geschlecht			V = 0.08*
Männer	28	425	+/-4.3
Frauen	36	361	+/-5.0
Total	32	786	
Alter			V = n.s.
18-29 Jahre	32	63	+/-11.6
30-39 Jahre	39	57	+/-12.7
40-49 Jahre	33	106	+/-9.0
50-59 Jahre	35	171	+/-7.2
60-69 Jahre	32	147	+/-7.6
70 Jahre und älter	26	242	+/-5.5
Total	32	786	
Äquivalenzeinkommen			V = 0.13*
1. Quartil (bis 3'250 CHF)	39	147	+/-7.9
2. Quartil (3'251-4'600 CHF)	36	157	+/-7.5
3. Quartil (4'601-6'720 CHF)	23	210	+/-5.7
4. Quartil (>6'720 CHF)	32	176	+/-6.9
Total	31	690	
Bildungsgrad (Schulabschluss)			V = n.s.
Ohne nachobligatorische Bildung	40	60	+/-12.5
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	30	298	+/-5.2
Maturität/höhere Berufsbildung	27	171	+/-6.7
Fachhochschule/Uni/ETH	35	256	+/-5.9
Total	32	785	
Erwerbsstatus			V = 0.14*
Selbständig	40	61	+/-12.4
Angestellt	35	337	+/-5.1
Andere Erwerbspersonen	11	17	+/-15.4
Nicht-Erwerbsperson in Ausbildung	45	31	+/-17.8
Nicht-Erwerbsperson im Ruhestand	26	301	+/-4.9
Hausfrau/Hausmann	24	31	+/-15.3
Andere Nicht-Erwerbspersonen	32	8	+/-34.6
Total	32	786	

Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.41***
Links aussen (0-2)	71	72	+/-10.6
Links (3,4)	49	162	+/-7.7
Mitte (5)	23	273	+/-5.0
Rechts (6,7)	13	180	+/-5.0
Rechts aussen (8-10)	15	77	+/-8.0
Total	31	764	
Parteisympathie			V = 0.42***
FDP	8	171	+/-4.2
CVP	24	73	+/-9.9
SP	55	142	+/-8.2
SVP	18	97	+/-7.6
GLP	27	51	+/-12.2
Grüne	71	61	+/-11.4
andere Partei	31	58	+/-12.0
keine	29	127	+/-7.9
Total	32	780	
Vertrauen in den Bundesrat (0-10)			V = n.s.
sehr gering bis gering (0-4)	34	80	+/-10.5
mittel (5)	34	89	+/-9.9
hoch (6,7)	34	253	+/-5.8
sehr hoch (8-10)	28	354	+/-4.7
Total	32	776	
Politisches Interesse			V = n.s.
sehr interessiert	31	204	+/-6.4
eher interessiert	33	443	+/-4.4
eher nicht interessiert	28	117	+/-8.1
überhaupt nicht interessiert	27	21	+/-19.5
Total	32	785	